

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das neue Baden. 1948-1948 1948

68 (21.8.1948)

DAS NEUE BADEN

TAGESZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR BADEN

Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag, Samstag / Monatsbeitrag: DM 1.80
einzel. Trügerlein, bei Postbest. DM 1.50 / Anzeigen nach Preisliste 3
Unverlangt eingegangene Manuskripte können nicht zurückgesandt werden

Freiburger Stadtausgabe

Telefon: Verlag u. Redaktion Lehr 2305 / Postfachkonto: Freiburg i. Br. 4600
und Karlsruhe 2046 / Bankkonto: Oberbadische Bank, Zweigstelle Lehr
Keine Ersatzanspr. bei Störung durch höh. Gewalt / Telegramme: Neuhöfen

NR. 69 / 2. JAHRG.

SAMSTAG, DEN 21. AUGUST 1948

PREIS 20 PFENNIG

Grundrechte und Bundesverfassung

Freiheitsrechte der Menschen werden berücksichtigt — Arbeit des Verfassungs-Ausschusses bis Dienstag beendet

Herrenchiessee. Eine „angemessene Nennung“ der Grundrechte in der Bundesverfassung wurde am Donnerstag von der Kommission für Grundsatzfragen des Verfassungskonvents auf Herrenchiessee empfohlen. Diese Grundrechte sollen auf die klassischen Freiheitsrechte der Menschen zurückgehen, gleichzeitig aber auch die Verhältnisse der Gegenwart besonders berücksichtigen.

Die Kommission akzeptierte im wesentlichen einen von Prof. Hans Nawiasky, Bayern, formulierten Entwurf der Grundrechte. Danach soll im Vordergrund der Gedanke stehen, daß der Staat um der Menschen willen besteht, nicht aber der Mensch für den Staat da ist. Alle Einrichtungen der öffentlichen Gewalt sollen verpflichtet

sein, die Würde der menschlichen Person zu achten und zu schützen. Kein Deutscher soll einer fremden Macht ausgeliefert werden können. Personen, die unter Mißachtung der Grundrechte außerhalb des Bundesgebietes verfolgt werden, sollen nicht ausgeliefert werden dürfen.

Übereinstimmend wurde empfohlen, in den Grundrechten einen Satz zu formulieren, nach dem zum Schutz der menschlichen Person und des menschlichen Zusammenlebens die Benutzung wissenschaftlicher Erfindungen und technischer Einrichtungen eingeschränkt werden kann. Die Freiheit zum Empfang von Radio- und Zeitungsnachrichten aus der ganzen Welt soll gewährleistet werden.

Die Kommission kam ferner überein, vorzuschlagen, daß es Aufgabe und Recht der Presse ist, im Dienst des demokratischen Gedankens wahrheitsgetreu über Vorgänge, Zustände, Einrichtungen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu berichten. Eine Zensur soll nicht statthaft sein.

Verfassungskonvent verlängert

Der geschäftsführende Vorstand des Verfassungskonvents beschloß am Donnerstag-

abend, die Sitzungen des Ausschusses bis Anfang nächster Woche zu verlängern. Ein genauer Termin für die Beendigung der Arbeiten wurde nicht festgesetzt, jedoch wird erwartet, daß sie endgültig am Dienstag abgeschlossen werden. Nach anfangs aufgetretenen technischen Schwierigkeiten soll nunmehr doch Herrenchiessee als Tagungs-ort beibehalten werden.

Zusammenschluß Baden-Württemberg vor dem Ländergrenzen-Ausschuß

Wiesbaden. Die Kommission zur Überprüfung der westdeutschen Ländergrenzen wird unter dem Vorsitz des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Lüdemann am 27. und 28. August im Mannheimer Rathaus zu ihrer dritten Sitzung zusammentreten. Wie das Büro der Trizonen-Ministerpräsidenten am Donnerstag dazu mitteilt, wird die Kommission in Mannheim unter anderem die Ergebnisse der Karlsruher Besprechungen über eine Vereinigung von Württemberg-Baden mit Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden behandeln.

Internationale Hilfe für Berlin

Australien, Südafrika, Kanada und Norwegen wären bereit, weitere Transportflugzeuge zu stellen

Berlin. Die Frage einer praktischen Hilfeleistung für das blockierte Berlin ist in letzter Zeit mehrfach von Regierungen, die den westlichen Besatzungsmächten nahestehen, erörtert worden. Endgültige Beschlüsse hierüber sind jedoch, wie die hier akkreditierten Militärmissionen am Donnerstag mitteilen, von ihren Regierungen noch nicht gefaßt worden, da erst nach Fertigstellung weiterer Landemöglichkeiten in Berlin eine Erweiterung des Luftversorgungsprogramms möglich sein wird.

Ein zuständiger Beamter der australischen Militärmission erklärte, die australische Regierung sei bereit, sofort 10 Transportflugzeuge der australischen Luftstreitkräfte nach Deutschland zu verlegen. Der Chef der südafrikanischen Militärmission sagte, seine Regierung habe ebenfalls den Wunsch, falls es notwendig sei, durch Gestellung von Transportmaschinen zu helfen. Der Chef der kanadischen Militärmission wies darauf hin, daß bei seiner Regierung noch keine Anforderung von Transportmaschinen für Berlin vorliegt. Diese Frage sei jedoch eingehend von der

kanadischen Presse behandelt und mit Interesse von der Öffentlichkeit aufgenommen worden. Eine Beteiligung Norwegens an der Versorgung Berlins hängt, wie von seiten der norwegischen Militärmission erklärt wird, von dem Wunsche der britischen Regierung und den gegebenen Landemöglichkeiten ab. Die norwegische Arbeiterpartei, die die Regierungsmehrheit besitzt, habe bereits kürzlich der Bevölkerung Berlins eine Solidaritätserklärung überreicht. Ähnliche Erklärungen wurden auch von weiteren in Berlin akkreditierten Militärmissionen abgegeben.

Ein zuständiger Beamter der britischen Kontrollkommission wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die vorhandenen Flugzeuge zur Aufrechterhaltung und Erweiterung des Luftversorgungsprogramms gegenwärtig ausreichen. Sollten die vorgesehene neuen Flugplätze eine weitere Steigerung ermöglichen, die von den vorhandenen Maschinen nicht bewilligt werden kann, so wird man dankbar auf die Angebote der befreundeten Regierungen zurückgreifen.

Schuman über französische Deutschland-Politik

Verwaltungsreform in der französischen Besatzungszone

Paris. Außenminister Robert Schuman sprach vor der außenpolitischen Kommission des Rates der Republik, die unter dem Vorsitz Salomon Grumbachs zusammengetreten war, und befaßte sich in seinen Ausführungen eingehend mit der internationalen Lage.

Zur Deutschlandfrage erklärte der Minister, die Länder hätten jetzt im Hinblick auf die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes für ein vorläufiges, eher verwaltungstechnisches als politisches Statut für Westdeutschland ihre Vertreter im Parlamentarischen Rat ernannt.

Auf eine von dem kommunistischen Abgeordneten Zyromski gestellte Frage wies Außenminister Schuman darauf hin, daß der in den Warschauer Erklärungen geprägte Satz „Die Interessen des Friedens und die Sicherheit der Völker fordern die Liquidierung der von Hitler mit der Auflösung der Landtage und der Ausschaltung der Verwaltungsautonomie der Länder durchgeführten Vereinheitlichung der deutschen Staatsverwaltung und verlangen die Dezentralisierung der Verwaltung, wie sie vor dem Hitler-Regime bestand, einschließlich der Neubildung der Landtage und der beiden deutschen Zentralkammern. Auf diese Weise wird die deutsche Einheit gewährleistet...“ der französischen Ansicht über die Organisation Deutschlands entsprechen.

Darauf stellten Grumbach und Gilson (MRP) eine Frage, auf die Schuman erwiderte, der Föderalismus, wie ihn die französische Regierung wünsche, schloße keinesfalls die von der gesamten deutschen Bevölkerung erhoffte Einheit Deutschlands aus, sondern entspreche nur dem Wunsch nach verwaltungstechnischer Dezentralisierung, wie sie vor dem Hitler-Regime bestand.

In seinen Ausführungen über die französische Besatzungszone in Deutschland gab Schuman zu, daß eine Verwaltungsreform für diese Zone notwendig sei, die zu einer Vereinfachung der Verwaltungszweige führen müsse. Die bisherige Organisation sei nicht frei von Fehlern, und für die von Frankreich jetzt zu erfüllende Rolle als Kontrollmacht gäbe es zu viele Instanzen. Die Verwaltung werde größtenteils jetzt in die Hände der Deutschen gelegt werden. Wie Schuman mitteilte, wird in Kürze eine Reformverordnung erlassen werden.

Zentrales Abitur und Schulreform

In Nr. 38 der „Südwestdeutschen Volkszeitung“ findet sich in einer Glosse zur Reifeprüfung an Höheren Schulen der Satz: „Sie (die Prüflinge) hatten auch an der Last der Schulreform mitzutragen“. Diese Behauptung gehört zu jenen Urteilen, von denen der kritische Menschenverstand sagt, daß sie durch keinerlei Sachkenntnis getrübt seien. Eine „Schulreform“ hat es in Südbaden bislang nicht gegeben, und eine solche dürfte auch einwillen noch ein Blümlein Rührmüchicht-an bleiben. Aber wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß eine durchgreifende Reform bei uns so notwendig ist wie das tägliche Brot, so hätte ihn das zentrale Abitur in seinem praktischen Ablauf erbracht; denn nicht dieser neue Gedanke an sich hat Schiffbruch erlitten, sondern die Art, wie er unterrichtet verbreitet und durchgeführt worden ist. Das System von gestern und heute, das Prinzip der Beharrung, hat sich vor aller Welt tolgelaufen. Das ist, wenn man es so nennen will, das einzige positive Ergebnis dieser tragischen Angelegenheit. Der Abg. Vortisch hat mit Recht im Landtag die Aufgaben der mündlichen Prüfung angeprangert, die anderwärts längst einen Ehrenplatz in der pädagogischen Rumpelkammer gefunden haben, weil dort überspitzter philologischer Formalismus und Materialismus als fachlich überwundene Dinge gelten. Aber auch schon die gestellten Aufsatzthemen stammten aus der geistigen Rüstkammer einer verklungenen schulischen Epoche. Es ist nicht ein einziges wirklichkeitstaugliches Thema gestellt worden, kein Thema, das den jungen Menschen, der mit offenen, mit beobachtenden Augen durch die Welt der Tatsache geht, zum selbständigen Gestalten und zum eigenen Urteilen hätte reizen können. Wenn Schüler, die ihre Hauptschulzeit in Norddeutschland zugebracht haben, besser bestanden haben, weil sie einen besseren Schulsack mitbrachten, so ist das kein Zufall. Für den, der einmal über die gelbroten Grenzpfähle hinaus geschaut hat, ist es schon lange eine Binsenwahrheit, daß das „Musterlande“ in seiner schulischen Entwicklung hinter der Umwelt zurückgeblieben ist.

Wenn in Baden 25% und in Württemberg-Hohenzollern trotz höherer Anforderungen, wie die Tageszeitungen melden, nur 15% der Prüflinge auf der Strecke geblieben sind, so ist das allerdings ein Resultat, dessen Ursachen soweit als möglich nachgegangen werden muß. Ein Krebsgeschaden am Körper unserer Höheren Schule waren schon seit langeren die kleinen Typen ihrer Art, die immer nur von einer geringen Zahl von Schülern besucht waren. So hatten, um nur einige Beispiele anzuführen, im Schuljahr 1937-38 (Jahrbuch für Höhere Schulen) Meßkirch: 83 Schüler und 10 Lehrer, Breisach: 82 Schüler und 11 Lehrer, Neustadt: 81 Schüler und 10 Lehrer. Daß dort, wo auf der Stirne des Direktors immer wieder die bange Frage geschrieben steht, ob die Schule genügend Schüler bekommen werde, das Ausleseverfahren weitherzig gehandhabt wird, steht wohl außer Zweifel. Aber die wahre Aufgabe der Höheren Schule dürfte doch nicht darin bestehen, wenig taugliche Elemente aufzunehmen, Jahr für Jahr durchzuschleusen und hochzupöppeln. Und wenn es schon in guten Zeiten ein Luxus, um nicht zu sagen eine Verschwendung von öffentlichen Mitteln und Arbeitskraft gewesen ist, für 80 Schüler 10 hochqualifizierte und dementsprechend bezahlte Lehrkräfte bereitzustellen, so wäre es das erst recht heute in einer Zeit der größten Verarmung unseres Volkes. Da gilt es denn nach anderen Formen der Schulorganisation zu suchen, die einem neuen Erziehungsideal dienen und nebenbei ökonomischer gestaltet werden können und müssen. (Darauf hat schon der steuerzahlende Staatsbürger ein Anrecht!) Die praktischen Schwaben treffen auch in kleinen Verhältnissen eine scharfe Auslese, organisieren den Unterricht der kleinen Schulen mit wenigen Lehrkräften, manchmal nur mit einem einzigen Lehrer. Und haben trotz geringeren Aufwandes im ganzen höhere Leistungen!

Es wäre, schon rein volkswirtschaftlich gesehen, eine nützliche Sache, wenn einmal ein Finanztechniker diesen Dingen auf den Grund ginge und an Hand von ganz einwandfreiem Zahlenmaterial feststellte, was dem Staat Südbaden ein Schüler der Höheren Schule und was ein Volksschüler kostet und was in Südwürttemberg. Eine solche Untersuchung könnte zu lehrreichen Einsichten und zu beherzigenswerten Ergebnissen führen! Nur keine Vogelstraußpolitik! In jedem gesunden Staatssushalt muß oberster Grundsatz der sein, alle Staatsmittel auf die zweckvollste Weise zu verwenden und keine Mark zu ver-ausgaben, die keine Zinsen bringt. Zu solchen Ueberlegungen hat das zentrale Abitur

Betgemeinde in Oldenburg wollte Kinder opfern

Oldenburg. Polizeibeamte konnten eine „Dauerbetgemeinde“ bei Bockholzberg in Oldenburg gerade noch daran hindern, zwei Kinder zu „opfern“. Die Anhänger dieser Sekte wollten damit den „Weltuntergang“ abwenden, den sie für Montag, 15. Uhr, erwarteten. Die Kinder waren auf Stühlen gefesselt, und es wird vermutet, daß die Kinder den Fanatikern zum Opfer gefallen wären, wenn die Polizei nicht dazwischen gekommen wäre. 14 Personen unter der Führung ihres Vorbeters, des aus dem polnischen Grenzgebiet stammenden Flüchtlings Pagatzki, wurden wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit festgenommen.

Berliner Schwarzmarkt-Razzia mit Schießerei

Berlin. Bei einer von der Markgraf-Polizei am Donnerstagnachmittag durchgeführten Razzia gegen den Schwarzmarkt an der Dreisektorecke am Potsdamer Platz wurden etwa 20 Personen verletzt, als Polizeibeamte in die fliehende Menschenmenge feuerten.

Etwa eine Viertelstunde nach Beginn dieser Razzia erschienen Beamte der Stumm-Polizei und kurz darauf britische und amerikanische Militärpolizei, die versuchten, die inzwischen zu mehreren tausend Personen angewachsene Menschenmenge in die benachbarten Straßen abzudrängen. Trotzdem wurde ein vom sowjetischen Sektor kommender Propagandatrupp von der Menge angegriffen und in die Flucht getrieben. Inzwischen traf auch auf zwei Lastkraftwagen sowjetisches Militär ein. Für die Polizei der Westsektoren wurde Alarmstufe I befohlen. Nach etwa 3 Stunden war die Ordnung wiederhergestellt und die alliierten Militärpolizisten konnten abdrücken. Der Assistent für die Polizei im US-Sektor, Bilemeister, erklärte zu dem Zwischenfall, das Vorgehen der Markgrafpolizei habe höchste Erbitterung unter der Menschenmenge hervorgerufen.

Ein Versuch, eine Zusammenarbeit zwischen der deutschen Polizei der beteiligten Sektoren herbeizuführen, wurde durch das Einschreiten eines sowjetischen Majors vereitelt. Im übrigen, sagte Bilemeister, sei erweisen, daß die Markgrafpolizei die Sektorengrenze überschritten habe und dort von der Schußwaffe Gebrauch machte. Im US-Sektor seien 20-30 Patronenhülsen von ehemaligen deutschen Armeepistolen gefunden worden.

Frankreich unterstützt europäisches Parlament

Bildung einer beratenden europäischen Versammlung beabsichtigt

Paris. Der französische Ministerrat beschloß unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik, Vincent Auriol, den Plan für ein europäisches Parlament aktiv zu unterstützen. Ein entsprechender Entwurf war der französischen Regierung durch den Koordinierungsausschuß der Haager Konferenz der Europabewegungen zugeleitet worden.

Auf einer Pressekonferenz erklärte Staatssekretär Francois Mitterand, es soll so bald wie möglich mit anderen an dieser Angelegenheit interessierten Regierungen Verbindung aufgenommen werden.

In dem Entwurf des internationalen Koordinierungsausschusses wird eine vorbereitende Konferenz vorgeschlagen, die sich aus je 25 Delegierten aus Frankreich und Großbritannien, je 11 aus Belgien und Holland und 3 aus Luxemburg zusammensetzen soll. Die schnellstmögliche Bildung einer beraten-

den europäischen Versammlung ist beabsichtigt, vorausgesetzt, daß die Nationen bereit sind, einen Teil ihrer Souveränität an eine europäische Behörde abzutreten. In den Empfehlungen, die von einem Unterausschuß unter Vorsitz des früheren französischen Ministerpräsidenten Paul Ramadier ausgearbeitet wurden, wird die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß alle europäischen Länder an der Versammlung teilnehmen.

Der Entwurf des Koordinierungsausschusses ist unter anderem unterzeichnet von Winston Churchill und dem früheren belgischen Ministerpräsidenten Paul van Zeeland.

Der Ausschuß bereitet einen Verfassungsentwurf für die europäische Versammlung sowie eine Verfahrensordnung vor, die er der Konferenz als Diskussionsbasis unterbreiten will.

geführt und nebenbei alte Erfahrungen neu bestätigt und unterstrichen. Soweit Abhilfe notwendig ist, kann sie nur ein frischer Luftzug, Schulreform genannt, bringen, der in die Scholastik des entlegenen Schwarzwaldorfes ebenso hineinragt wie in die heiligen Hallen, die der klassischen Philologie geweiht sind, aber zuvörderst hineingreifen muß in die verstaubten Kammern der zentralen Schulverwaltung. Eine Schulreform, die vor allem die Bildung des Lehrstandes in allen seinen Zweigen nach der allgemeinen wie nach der fachlichen Seite auf so sichere Grundlagen stellt, daß die Möglichkeit der Schülerbehandlung gegeben ist, die dem heutigen Stande der Erziehungswissenschaften und der Psychologie entspricht. Die Jugend ist das einzige Kapital, das uns nach dem Zusammenbruch unversehr erhalten geblieben ist, ihr muß das Maß von pfeiflicher Behandlung zuteil werden, das überhaupt möglich ist, und zwar auf der ganzen Linie schulischer Betreuung. Wie originell man bei uns die Dinge anfaßt, dafür ist die „Neuordnung“ der Ausbildung der Volksschullehrer ein aufschlußreiches Beispiel. Da greift man in der Schublade nach dem vergifteten Rezept der Urgroßväter, läßt es anfertigen, in Arzneiflaschen füllen und diese mit neuen Etiketten bekleben. Und das Ganze wird in lauten Worten als Stein der Weisen gepriesen. Ganz nach berühmten Mustern der allerjüngsten Vergangenheit. Dr. Josef Goebbels wird im Jenseits mit einem diabolischen Lächeln dafür dankend quittieren! Doch der deutsche Mensch dürfte inzwischen etwas kritischer geworden sein, und nur noch die allerletzten unter den billigen Denkern werden bei alledem irgend etwas „Neues“ finden.

Anderwärts ist die pädagogische Welt voller Probleme und voll gesunder Spannungen, die nach Ausgleich drängen, bei uns herrscht Friedlosigkeit! I. G. Herder hat dereinst der werdenden Nation zugerufen: „Wir haben eine Idee!“ Wir in Südbaden haben keine Idee, wir sind vergeist, leben vom Blick in die Vergangenheit und schauen in gesättigter Ruhe in die Zukunft, wo irgendwo jenseits der brandenden See die seligen Gefilde der Alten liegen müssen. Uns lockt weder ein neues Ufer noch ein neuer Tag! Wir bedürfen dringend einer geistigen Blutauffrischung, und die kann nur von außen kommen, von dort, wo man für unabwendbare Notwendigkeiten mehr hat als nur eine abweisende Handbewegung. Im Lande der Schwaben gehörte es von jeher zum eisernen Bestande einer klugen Staatsführung, unaufschiebbare Probleme belitzten als solche zu erkennen, sie mit Ernst, Gründlichkeit und Weitblick zu diskutieren und diskutieren zu lassen, zu beraten und beraten zu lassen, zu beschließen und behutsam in die Praxis des Alltags überzuleiten. Dort sehen wir auch heute Beispiel und Wegweisung. K.F.

Besuch bei einer Hellseherin

Von unserem Korrespondenten Oskar Reschke

Die bekannte Hellseherin Maria della Colonna wurde vor einigen Tagen vom Amtsgericht Garmisch wegen Verstoßes gegen den sogenannten Gaukelextrakt aus dem Jahre 1911 mit 14 Tagen Haft verurteilt.

Garmisch-Partenkirchen. In Eschenlohe, 15 Kilometer vor Garmisch, steht einige hundert Meter von der Hauptstraße entfernt, hinter Laubbäumen versteckt, ein kleines Häuschen. Im Garten hängt Wäsche, völlig unromantisch und durchaus nicht geheimnisvoll. Wir treten ein. An einer Zimmertür im unteren Stockwerk sehen wir eine Visitenkarte: Maria della Colonna. Auf unser Klopfen öffnet eine völlig in Schwarz gekleidete Dame und bittet uns, näherzutreten. Der Raum zeigt nichts Ungewöhnliches. Nicht einmal ein Kater ist zu sehen.

Wir werden Maria della Colonna vorgestellt. Auch sie ist völlig in schwarz gekleidet, aber sie hat so gar nichts „Dämonisches“. Auf dem Tisch steht Kaffee — kein Grund — und Kuchen. Maria ist sehr freundlich — aber sie wußte, daß wir Journalisten sind. Sie hat es nicht durch Hellsehen festgestellt. Wir sagten es ihr. Unsere erste Frage — nein, wir haben nicht gefragt, ob es zum Krieg kommt — galt ihrer Vergangenheit. Traumverlorene — es machte sich sehr gut — blickte sie zur Decke. Unsere Blicke folgen ihr (die Decke ist schon längere Zeit nicht geweißt worden).

Dann erzählte sie, 15 Jahre war sie, als sie „entdeckt“ wurde. Sie hörte in einer Abendgesellschaft melancholische Musik und verfiel in Trance. Mit geschlossenen Augen vollführte sie „wundervolle und eindrucksvolle Tänze“. Es dauerte nicht lange, so erzählte Maria Colonna erzählt, raucht sie eine maheliseherische Begabung zeigte. Während Maria Colonna erzählt, raucht sie eine meiner Zigaretten nach der andern. Vor der Flucht des Kaisers habe sie seinen Adjutanten vorausgesagt, daß der Kaiser flüchten werde. Oberbürgermeister Karl Scharnagl habe sie, als er noch Stadtrat war, vorausgesagt, daß er Oberhaupt der Landeshauptstadt werden würde. Himmeler will sie schon 1924 einen „phantastischen Aufstieg“ prophezeit haben, 1941 hat sie ihrer Darstellung zufolge in einem Freundeskreis aber auch das kommende unrühmliche Ende der Nazis vorhergesagt angekündigt.

Daß sie vom Amtsgericht 14 Tage Haft erhalten wird, hat sie allerdings nicht geahnt. Sie könne nur bei den Personen hellsehen, die ihr nahe stehen. Von ihrem eigenen Leben wisse sie nichts. Sie schimpft über den „Unverstand“ der Menschen. „14 Tage!“ sagte sie grollend, „wegen eines veralteten, lächerlichen Gesetzes“. Bekannte Professoren, un-

USA erkennen neue Donau-Konvention nicht an

Großbritannien, Frankreich, Belgien, Griechenland, Italien und Deutschland ihrer verbürgten Rechte beraubt

Washington. Das amerikanische Außenministerium gab bekannt, daß die Vereinigten Staaten weder die Ungültigkeitserklärung des Donau-Vertrages von 1921 noch die Autorität irgendeiner Kommission anerkennen werden, die von der Donau-Konferenz in Belgrad durch die am Mittwoch erfolgte Unterzeichnung einer neuen Donau-Konvention eingesetzt werden.

Das US-Außenministerium beschuldigte die Sowjets in einer außerordentlich scharf gehaltenen diplomatischen Erklärung, auf der Belgrader Donau-Konferenz die Stimmensabgabe ihrer Satellitenstaaten diktiert zu haben, um ihre eigenen verborgenen Interessen zu wahren.

Die bedauerlichen Resultate des sowjetischen Verhaltens, betonte das Außenministerium, bedeuteten die Schließung einer der wesentlichsten Pforten des ost-westlichen Handels und die Wiedereinführung und Zerstörung der gesamten Auffassung von den internationalen Wasserwegen, die seit über 130 Jahren das öffentliche Gesetz von Europa gewesen ist.

Großbritannien, Frankreich, Belgien, Griechenland, Italien und Deutschland seien ihrer seit langem verbürgten Rechte beraubt worden. Wir betrachten die alten Verträge solange als nach internationalem Gesetz in Kraft, als bis sie durch Einverständnis aller an ihnen beteiligten Partner aufgehoben werden, heißt es in der US-Erklärung.

Bestimmungen über Zahlungsverkehr mit Berlin

Berlin. Die amerikanische Militärregierung hat am Donnerstag Bestimmungen über den Zahlungsverkehr veröffentlicht, die namentlich die Ueberweisung von D-Mark(West)-Beträgen zwischen den Westsektoren Berlins und den drei Westzonen ermöglichen. Es handelt sich um die Durchführungsbestimmungen Nummer 6 und 7 zur zweiten Verordnung zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsverordnung) vom 4. Juli 1948 mit folgendem Wortlaut:

Durchführungsbestimmung 6

Zur Durchführung und Ergänzung der Bestimmungen der Ziffer 57 der zweiten Verordnung zur Neuordnung des Geldwesens wird hiermit folgendes angeordnet:

1. Mit der Genehmigung der Militärregierung dürfen auf Antrag einer Bank im betreffenden Gebiet (französischer, britischer und amerikanischer Sektor von Groß-Berlin) Ueberweisungen von Beträgen in deutscher Mark (eingeführt durch den ersten Abschnitt, Ziffer 1 A der Währungsreform) zu Zahlungszwecken in allen den Fällen vorgenommen werden, in denen

a) der Gläubiger seinen Wohnsitz oder sein Geschäftslokal im betreffenden Gebiet und der Schuldner seinen Wohnsitz oder sein Geschäftslokal außerhalb dieses betreffenden Gebietes hat;

b) der Schuldner seinen Wohnsitz oder sein Geschäftslokal im betreffenden Gebiet und der Gläubiger seinen Wohnsitz oder sein Geschäftslokal in der französischen, britischen und amerikanischen Besatzungszone hat.

2. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 13. August 1948 in Kraft.

Durchführungsbestimmung 7

Zur weiteren Durchführung und Ergänzung der Bestimmung der zweiten Verordnung zur Neuordnung des Geldwesens wird hiermit folgendes angeordnet:

Die Frist, während der Angehörige der Vereinten Nationen ihre Einwände zu machen haben, wie in Paragraph 23, Artikel 13, vorgesehen ist, wird hiermit bis zum 20. Oktober einschließlich verlängert.

Post für Berliner Polizeipräsidium wird abgefangen

Berlin. Die russischen Behörden haben angeordnet, daß die gesamte Post für das Berliner Polizeipräsidium im amerikanischen Sektor, sofern sie durch den Sowjetsektor läuft, nicht mehr bestellt wird, berichtet „Tagesspiegel“. „Sämtliche Postsachen, Karten, Briefe, Einschreibebriefe und Telegramme“, die an das rechtmäßige Polizeipräsidium unter Dr. Johannes Stumm adressiert sind, werden künftig auf dem Postamt Nr. 54 im russischen Sektor gesammelt. Auch die Post des Berliner Polizeipräsidiums, die für den Sowjetsektor bestimmt ist, darf nicht mehr befördert werden und wird gleichfalls dem Postamt Nr. 54 zugestellt.

Rußland sieht im Segelflugsport eine militärische Gefahr

Wien. In der letzten Sitzung des Alliierten Rates in Wien brachte der französische Hochkommissar den Vorschlag ein, Oesterreich die Ausübung des Segelflugsportes zu genehmigen. Während der amerikanischen und britische Vertreter dafür stimmten, lehnte der Sowjetvertreter diesen Schritt ab, da „Segelfliegen eine militärische Ausbildung darstelle“. An diese Feststellung schloß sich eine längere Debatte der vier alliierten Vertreter, ob Segelfliegen als Sport oder als militärische Betätigung zu werten sei. Besonders General Bethouart verteidigte seinen Standpunkt, indem er darauf hinwies, daß man, wolle man die sowjetische Meinung konsequent verfolgen, das Segeln zu Wasser als Vorbereitung für die Kriegsmarine, das Reiten als solche für die Kavallerie, das Chausfieren wegen der Tankwaffe und das Marschieren wegen der Infanterie verbieten müßte. Es gelang den westlichen Vertretern allerdings nicht, den sowjetischen Vertreter von der Haltlosigkeit seines Standpunktes zu überzeugen.



Wie lange noch, Herr Staatspräsident?

Laut Mitteilung der „Südwestdeutschen Volkszeitung“ Nr. 69 vom 18. 8. 48 ist der Hauptdelegierte des Landes Südbaden zu der Sitzung der Kommission für Organisationsfragen des auf Herrndienstet tagenden Verfassungskonvents verspätet am Dienstag eingetroffen, nachdem, laut DENA, die Kommission für Verfassungsfragen am Montag ihre Beratungen abgeschlossen hatte. Wir fragen:

1. Welche Gründe haben das verspätete Eintreffen des Herrn Hauptvertreters Südbadens verursacht?
2. Welche Instruktionen erhielten die Herren Dr. Fecht und Dr. Zürcher (laut „Südwestdeutscher Volkszeitung“ Nr. 69), in den weiteren Beratungen „besonders die föderalistische Staatsidee“ zu vertreten? Welcher Art soll diese föderalistische Staatsidee sein?

Die von vielen Kreisen der badischen Bevölkerung abweichende Stellung des Herrn Staatspräsidenten bei der am 18. August stattgefundenen Tagung des Zehnerausschusses in Karlsruhe hätte eine sofortige Einberufung des Landtages erforderlich gemacht, da sie im Widerspruch zu einem erheblichen Teil der von der Volksvertretung geäußerten Meinung steht. Die Stellungnahme der DP, der SP und der KP ist seit langem bekannt. Um so überraschter ist man, in der „Südwestdeutschen Volkszeitung“ Nr. 69 vom 16. 8. 48 zu lesen, daß der Landesausschuß der CDU für den 28. und 29. August nach Freiburg einberufen wird, um das Problem der Ländervereinigung im südwestdeutschen Raum in „abschließender Debatte“ zu behandeln. Es soll nach dieser Vereinbarung angestrebt werden, die innerhalb der CDU Südbadens in dieser Frage bestehenden verschiedenen Auffassungen zusammenzuführen, um so eine geschlossene und einheitliche Parteilinie herzustellen. Wir fragen:

1. Ist der CDU nicht wie den anderen Parteien Südbadens seit langem bekannt, daß das Problem der Bereinigung der Ländergrenzen auf Grund der Londoner Empfehlungen, das in Südwestdeutschland besonders vordringlich ist, in kürzester Frist entscheidend zur Beratung kommen mußte?

2. Was hat der Herr Staatspräsident getan, um eine rechtzeitige Entscheidung seiner Partei herbeizuführen?

3. Wer regiert in Baden? Der Herr Staatspräsident oder die CDU? Steht etwa die sofortige Nichteinberufung des Landtages im Zusammenhang mit der Landesausschussung der CDU am 28. und 29. August 1948?

Wir bitten um Auskunft und weisen mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß auf diesem wie auch auf ähnlichen Gebieten die Grenzen des Ertragbaren dieser Parteidiktatur und staatsmännischen Führung erreicht sind.

WELTNACHRICHTEN IN KURZE

Notgeld für Berlin? Der Berliner Magistrat hat die Ausgabe von Notgeld für den Fall beschlossen, daß sich keine einheitliche Regelung für eine gesamtberliner Währung auf der Basis der von der deutschen Notenbank ausgegebenen D-Mark durchführen läßt.

Interzonen-Gewerkschaftskonferenz beendet. Die westdeutschen Delegierten der 9. Interzonen-Gewerkschaftskonferenz in Essweiler beendeten am Donnerstag ihre interne Tagung mit der Annahme je einer Resolution zur Demontage und zum Verhältnis der Löhne und Preise.

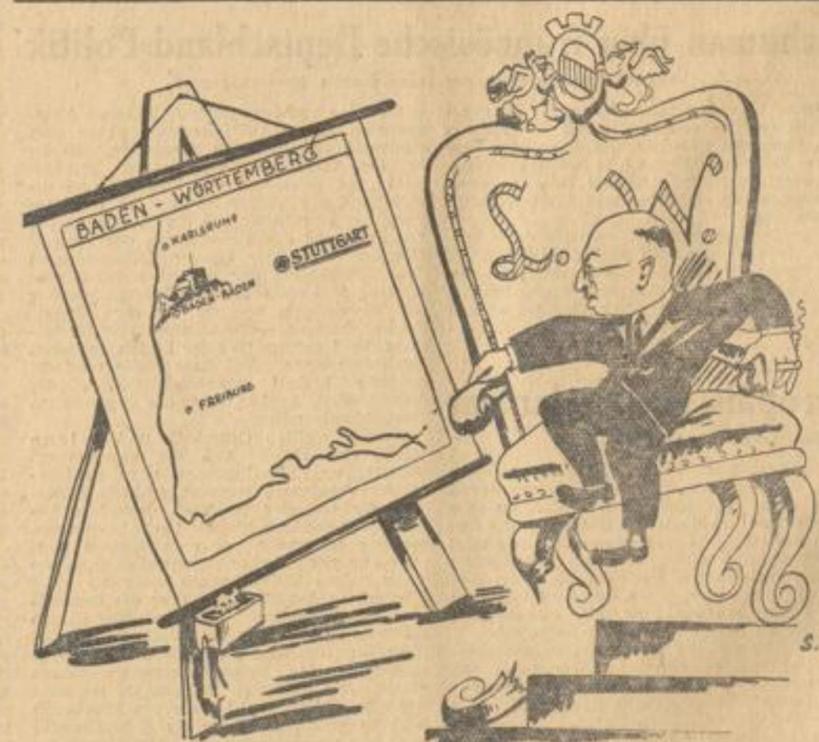
Keine Beteiligung Westdeutschlands an der Leipziger Messe. Die westlichen Besatzungszonen werden auf der Leipziger Messe nicht vertreten sein und keine Ware der Westzonen wird auf Grund der sowjetischen Blockademaßnahmen zur Ausstellung kommen.

Bayernpartei fordert Entlassung von nicht-bayerischen Arbeitnehmern. Ein Antrag der Bayernpartei, nicht-bayerische Arbeitnehmer aus der Stadtverwaltung in München zu entlassen, wurde im Stadtrat nicht diskutiert. Die FDP bezeichnete ihn als einen Verrat an Deutschland und fügte sich in die Zeit des Dritten Reiches zurückversetzt.

Nach rund 35 000 deutsche Kriegsgefangene in Polen. Rund 35 000 deutsche Kriegsgefangene befinden sich noch in Polen, teilte der Presse-Attache bei der polnischen Militärmission in Berlin mit.

Wieder Sowjetveto. Die Sowjetunion legte vor dem Sicherheitsrat ihr Veto gegen die Aufnahme Ceylons in die Vereinten Nationen ein. Auch die Ukraine stimmt gegen den von China eingebrachten Vorschlag zur Aufnahme Ceylons in die Vereinten Nationen, der von den restlichen 9 Mitgliedern des Sicherheitsrates gebilligt wurde.

Gesundheitszustand Frau Kosenkina verschlechtert. Der Gesundheitszustand der Frau Oksana Kosenkina ist nach wie vor ernst, man hat ihre Atmung sogar durch Zufuhr von Sauerstoffapparaten unterstützen müssen.



„So wird es doch nicht Baden-Baden sein!“ Zeichnung: Schütz

DAS NEUE BADEN
Verantwortlicher Redakteur: Günter Altmann
Anschrift des Redakteurs: Lehrschw. Post 26, Tel. 296
Verlag: Oetiker-Verlag, Lehrschw. Post 26, Tel. 296
Druck: Moritz Schaubert, Lehrschw. Post 26, Tel. 296
Vertrieb: Rastler (Baden), Südwestdruck K.G. (Baden)
Vertrieb: A. Reiff & Cie. (Wittenberg) (Baden)

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit

Die Menschenrechte in den deutschen Länderverfassungen

Der Parlamentarische Rat für Westdeutschland wird in seinen Wochenzusammenkünften am 20. November eine vorläufige Verfassung — ein „Grundgesetz“ — für Westdeutschland zu erlassen. Dabei wird er sich dann auch mit den Grund- oder Menschenrechten beschäftigen müssen, ohne die diese neue deutsche Verfassung unvollständig gäbe.

Das Bekenntnis zu den unveräußerlichen Menschenrechten ist in allen neuen deutschen Länderverfassungen verankert. Nicht immer als Aufsatz — aber klar und ohne Einschränkungen bekennen sich Deutschlands junge Länder zu Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Die Länder der amerikanischen, französischen und sowjetischen Besatzungszone — Bayern, Hessen, Württemberg-Baden und Bremen, Rheinland-Pfalz, Südwürttemberg-Hohenzollern, Südbaden und das Saarland, Mecklenburg, Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen — garantieren die Grundrechte in Abschnitten und Artikeln ihrer rechtsgültigen Verfassung. Berlins Anerkennung der Menschenrechte ist noch nicht sanktioniert, weil die Alliierte Kommandantur die Verfassung noch nicht bestätigt hat — und in der britischen Zone sind die Länder Nordrhein-Westfalen und Hamburg noch nicht über Entwürfe, Niedersachsen und Schleswig-Holstein noch nicht über Vorberatungen hinausgekommen.

Die Aufnahme der Menschenrechte in die Länderverfassungen erkennen die Tatsache an, daß der Bürger auch bis zum Erlaß einer gesamtdeutschen Verfassung nicht schutzlos der Staatsgewalt preisgegeben werden darf. Wenn sich diese Meinung durchsetzt, obgleich der Wert einer Verfassung — und damit auch der Grundrechte — in einem besetzten Land, in dem die Besatzungsmächte nach eigenem Gutdünken und ohne Rechenschaft abzulösen, schalten und walten, zweifelhaft erscheint, dann darf das vielleicht als ein überzeugendes Zeichen eines nach wertvollen demokratischen Prinzipien dringenden Volkswillens gewertet werden.

Eine bunte Musterkarte

Es ist, wie in den Beratungen Württemberg-Badens vermutet wurde, beim Verankern der Grundrechte in den deutschen Länderverfassungen eine bunte Musterkarte von Lösungen entstanden. Bei einem Vergleich läßt sich jedoch der Eindruck gewinnen, daß wohl mehr die deutsche Neigen zu einem eigenartigen Partikularismus für die Unterschiede der Formulierungen verantwortlich zu machen ist, als etwa schwerwiegende politische Meinungsverschiedenheiten.

Alle neuen Verfassungen scheinen sich grundsätzlich auf den Weimarer Text zu stützen. Er wird mehr oder minder abgewandelt, erweitert und beschränkt nach den Erfahrungen der letzten 15 Jahre, nach Fortentwicklungen und neuen Erkenntnissen. Dabei sind jedoch teilweise auch Gefahren, die die Weimarer Verfassung enthielt, nicht ausgemerzt worden.

Immer noch und trotz aller Geschehnisse scheint der Glaube an die Unfehlbarkeit des Staates so groß zu sein, daß fast alle Länder — mit Ausnahme von Hessen, Bremen, Brandenburg und Berlin — die Aufnahme eines Widerstandsrechtes in die Verfassung bewußt abgelehnt haben.

Ein nicht minder schwerwiegender Fehler scheint die Bestimmung einiger Länder — zum Beispiel Mecklenburgs und Sachsen-Anhalts — zu sein, die die Grundrechte der Einschränkung sogar durch den einfachen Landesgesetzgeber preisgibt. Der Wert einer Aufnahme in die Verfassung muß doch wohl stark angezweifelt werden, wenn beispielsweise die Freiheit der Person, die Gleichheit, die Meinungsfreiheit, die Freiheit der Wohnung, des Eigentums und das Briefgeheimnis durch gewöhnliche, mit einfacher Mehrheit angenom-

mene Gesetze eingeschränkt oder beseitigt werden können.

Die meisten Länder der Westzonen haben die Rechtslage besser erfaßt, indem sie solche Einschränkungen nicht vorsehen, sondern ausdrücklich festlegen, daß die Grundrechte unänderlich sind und den Gesetzgeber, den Richter und die Verwaltung unmittelbar binden (Hessen, Bayern, Bremen, Südbaden, Rheinland-Pfalz und Berlin). Auch Thüringen scheint einen richtigeren Weg zu gehen, indem es für die Grundrechte nur die Schranken der allgemeinen Gesetze anerkennt will, d. h. solcher, die sich nicht unmittelbar gegen eine in den Grundrechtsbestimmungen festgelegte Freiheit richten, sondern andere Ziele (z. B. welche der Straf-Justiz verfolgen und dabei nebenher folgerweise einzelne Grundrechte beschränken können. Sachsen sieht den Eingriff in einige ausdrücklich festgelegte Grundrechte angesichts der heutigen Notlage bis zum Jahre 1950 vor; fordert aber im übrigen für Einschränkung der Grundrechte eine Zweidrittel-Mehrheit im Landtag.

Die in der Weimarer Verfassung aufgezählten elf Grundrechte — Freiheit der Person, Gleichheit, Freizügigkeit, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Meinungsäußerung, Post- und Fernsprechgeheimnis, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, Freiheit des Lehrens und Lernens, Unverletzlichkeit der Wohnung, Schutz des Eigentums und das Petitionsrecht — sind in ihrer Gesamtheit von Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Südbaden, Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Hamburg und Nordrhein-Westfalen übernommen worden. Württemberg-Baden, Südwürttemberg-Hohenzollern und Thüringen haben auf die Freizügigkeit verzichtet. Das Petitionsrecht wird in den Verfassungen von Bremen, vom Saarland, von Mecklenburg und Berlin nicht erwähnt. Thüringen sagt auch nichts über das Vereins- und Versammlungsrecht sowie über die Unverletzlichkeit der Wohnungen, seine Verfassung enthält überhaupt die kürzeste Aufzählung der Grundrechte in nur einem Verfassungsartikel, weil verabschiedlich die Ansicht vertreten wurde, daß der Grundrechtskatalog allein in die Reichsverfassung gehört.

Vielach wird den einzelnen Grundrechten eine Art Bekenntnis vorangestellt, in dem die Menschenwürde wie auch die Aufgaben und Grenzen der Staatsgewalt umrissen werden. Solche Formulierungen finden sich in fast allen westdeutschen Verfassungen.

Gleichheit nach neuen Gesichtspunkten

Die Gleichheit der Person ist in allen neuen deutschen Länderverfassungen ausführlich beschrieben, wobei in jedem Falle — wenn auch mit anderen Worten und ungewißhaft gestützt auf die Erfahrungen der nationalsozialistischen Regierungszeit — alle Menschen ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse, der Herkunft und der religiösen und politischen Überzeugung einander gleichgestellt werden, wenn nicht ausdrücklich gesagt wird, daß niemand seiner Abstammung, seines Glaubens, seiner religiösen Anschauung wegen bevorzugt oder benachteiligt werden darf. Württemberg-Baden, Hessen, Bremen, Südbaden, Rheinland-Pfalz und Hamburg enthalten diese Sätze. Bayern verliert den gleichen Grundsatz mit den Worten: „Rassen- und Völkerverhaß zu entfachen ist verboten und strafbar.“ Die fünf Länder der sowjetischen Besatzungszone meinen deshalb mit den Worten: „Jede Bekundung nationalen, religiösen oder Rassen-Hasses wird bestraft.“ Für Berlin gilt der Grundsatz: „Rassenhetze und Bekundung nationalen oder religiösen Hasses widersprechen dem Geist der Verfassung und sind unter Strafe zu stellen.“ Und in Südwürttemberg-Hohenzollern findet sich die Formulierung: „Unterschiede der Geburt, des Ge-

schlechts und der Rasse, des Bekenntnisses und des Standes begründen grundsätzlich keinen Unterschied der Rechte und Pflichten.“

Eine Einschränkung des Gleichheitsgesetzes enthalten die sechs Verfassungen der sowjetisch besetzten Zone. „Alle Bürger haben die gleichen staatsbürgerlichen Pflichten und Rechte, es sei denn, daß die staatsbürgerlichen Rechte ihnen durch Entscheid auf Grund rechtsgültiger Bestimmungen wegen eines Verbrechens oder wegen nazistischer, faschistischer oder militaristischer Betätigung aberkannt worden sind“, heißt es dort.

Freiheit ausführlich gefaßt

Erfahrungen der nationalsozialistischen Zeit haben bei einigen Verfassungen für die Freiheit der Person, zu der die durch die Habescorpus-Akte bekanntgewordenen Rechte immer wieder aufgeführt werden, zusätzliche neue Bestimmungen hervorgerufen. So beispielsweise, wenn Hessen und Bremen bestimmen, daß der Grund der Verhaftung dem Festgenommenen sofort und auf seinen Wunsch auch seinem nächsten Angehörigen innerhalb 24 Stunden nach der richterlichen Entscheidung mitzuteilen ist oder, daß alle Gefangenen menschlich zu behandeln sind. Bremen und Rheinland-Pfalz geben zusätzliche Anweisungen für die Behandlung von Gefangenen. Württemberg-Baden, Bremen und Rheinland-Pfalz verbieten Ausnahme- und Sondergerichte. Nordrhein-Westfalen will die Freiheitsrechte auf die demokratisch gewählten Bürger beschränken. Auf die Freiheitsrechte darf sich nicht berufen, wer sie mißbrauchen will.

Durch zusätzliche Bestimmungen wird die Freiheit der Person für Südbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern und Berlin auf das Recht oder die Pflicht ausgedehnt, Kriegsdienste zu verweigern.

Nur aus der jüngsten Vergangenheit verständlich erscheint ein Satz in Rheinland-Pfalz, der Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit nur zum Zweck der Heilung und im Rahmen des Gesetzes gestattet und von der Zustimmung des Betroffenen und seines gesetzlichen Vertreters abhängig macht. Hessen geht einen fast entgegengesetzten Weg, wenn es aus anderer Überlegung zu dem Schluß kommt, daß ein geistig oder körperlich Kranker, der durch seinen Zustand seine Mitmenschen erheblich gefährdet, in eine Anstalt eingewiesen werden kann.

Die Neuerungen der heutigen deutschen Länderverfassungen gegenüber Weimar scheinen überhaupt zum größten Teil durch die negativen Erfahrungen der letzten 15 Jahre und in der Zeit des NS-Kampfes in der Weimarer Zeit veranlaßt worden zu sein. Das gilt für die Verfassungen der sowjetisch besetzten Zone, die ein Vereinigungsrecht nur zubilligen, sofern damit keine nationalsozialistischen und militaristischen Ziele verfolgt werden, wie für den Hinweis in Württemberg-Baden, Bayern, Bremen und im Saarland, daß nur solche Vereinigungen gestattet sind, die die verfassungsmäßige Freiheit nicht bedrohen und verletzen. Auch der Grundsatz in Württemberg-Baden, Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern, daß niemand gezwungen werden darf, sich einer Vereinigung anzuschließen, muß unter diesem Gesichtspunkt gesehen werden.

Genau so ist die Beschränkung der freien Meinungsäußerung für den Fall, daß die verfassungsmäßigen Freiheiten mißbraucht, bedroht oder verletzt werden (Württemberg-Baden, Hessen, Südbaden, Rheinland-Pfalz und Saarland) nur aus dem Angriff der NSDAP gegen Weimar durch skrupelloses Ausnutzen der Weimarer Verfassung heraus zu verstehen. Andererseits geht die Erweiterung dieses Artikels auf das Recht zur Kenntnisaufnahme von allen für die Öffentlichkeit bestimmten Druckschriften und zum Ab-

hören von Rundfunknachrichten (Hessen, Bayern, Bremen, Südbaden und Hamburg) auf die nationalsozialistische Regierungszeit zurück.

Auswirkungen der Fortentwicklung

Die wirtschaftliche und technische Fortentwicklung und neue soziale Anschauungen haben nicht nur einige völlig neuartige Artikel geprägt, sondern auch Vorschriften, die in der Weimarer Verfassung noch unter den Grundrechten aufgeführt wurden, an andere Stellen gerückt. So finden sich beispielsweise in den Verfassungen der sowjetischen Besatzungszone Bestimmungen über das Eigentum, Unverletzlichkeit der Wohnung und die Glaubensfreiheit unter den Abschnitten Wirtschaft oder Religion.

Diese Bestimmungen sind teilweise durch die neueste sozialpolitische Entwicklung gekennzeichnet und schärfer präzisiert als in der Weimarer Verfassung. Das gilt für Württemberg-Baden, Hessen, Bremen, Südbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern, Thüringen, Sachsen-Anhalt, die Entgeltungen billigen, wenn sie im öffentlichen Interesse erforderlich sind. Württemberg-Baden, Hessen, Bremen und Südbaden sehen dafür eine Entschädigung vor. Sachsen-Anhalt und Thüringen nur, „soweit ein Gesetz nichts anderes bestimmt“.

Die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen wird in der sowjetischen Besatzungszone durch die Verfassungen beschränkt. Für alle fünf Länder gilt der Grundsatz: „Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit mit dem Ziel der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen zu gewährleisten.“ Rheinland-Pfalz meint mit dem Satz: „Die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen findet ihre Grenzen in der Rücksicht auf den Nächsten und auf die Erfordernisse des Gemeinwohls“ das gleiche. Genau so verhält es sich für Berlin: „Jeder Mißbrauch wirtschaftlicher Macht ist widerrechtlich. Besonders stellen alle auf Korruption und Marktbeherrschung gerichteten privaten Monopolorganisationen einen Mißbrauch wirtschaftlicher Macht dar und sind verboten.“

„Der Mensch steht höher als Technik und Maschine“

Neu ist in den Verfassungen für Mecklenburg, Brandenburg und Sachsen die ausdrückliche Anerkennung des Streikrechts, neuartig gewiß auch der Satz in der Verfassung von Bremen: „Der Mensch steht höher als Technik und Maschine.“

Hinweise auf das Recht auf Arbeit finden sich in allen neuen deutschen Verfassungen, das Recht auf Erholung und auf gleichen Lohn für gleiche Leistung sowie besondere Vorschriften für die Arbeit Jugendlicher und von Kindern sind in den Verfassungen der fünf sowjetisch besetzten deutschen Länder enthalten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich die neuen Verfassungen der deutschen Länder mit dem Abschnitt Grundrechte sehr stark auf die Weimarer Formulierungen gestützt haben. Die darüber hinausgehenden Erweiterungen und Einschränkungen scheinen durch Vorgänge aus der Zeit des Nationalsozialismus bedingt. Sie führten einerseits dazu, die Rechte des einzelnen ausführlicher darzustellen und zu begründen und veranlaßten andererseits Schutzbestimmungen gegen die Gefährdung der verfassungsmäßigen Rechte. Es ist unverkennbar, daß nach der Zeit des nationalsozialistischen Zwanges der Wunsch und Wille nach einer weiten persönlichen Freiheit einhellige Ansicht aller politischen Lager ist, die ebenso diese Freiheit dahin eingegrenzt sehen möchten, daß sie nicht zum Mißbrauch gegen die Verfassung, gegen die Grundrechte und gegen den Staat als solchen wird. Darüber hinausgehende neue Vorschriften scheinen durch den Wandel der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Struktur unseres Volkes bedingt.

Goldene Freiheit

Von Fritz Knöllner

Es war noch finster. Nur im Osten leuchtete sich der Himmel. Nach einer Weile umstrich mich der Geruch verkohlten Holzes, der Gestank einer verendeten Stadt, und schließlich tauchte sie auf, ungewiß im Nebel, im trüb-wachsenden Licht, ein zusammengewachsenes Wesen.

Über Steinblöcke, Schutt und zersplitterte Büsche kroch ich hinweg, über verbeulte eiserne Zäune, zerklüfteten Beton und ein Gewirr von Leitungsröhren. Alles war mir so fremd, ich mußte mich setzen und nach der Richtung fahnden. Dann stolperte ich weiter mit Stiefeln, rot vom Backstein, wie von Blut so rot, und gelangte endlich an die Straßenecke, wo einst das Haus meiner Mutter stand.

Es regte von ihm nur noch die Ostwand, schmählich, hilflos, drei Fenster oben, drei unten, in einem kleinen Garten mit verstemmten Bäumen. Fast unbewußt stolperte ich im Schutt herum, schälte etwas Weißes bloß, ein Plättchen der Kuchentafelung, und steckte es zu mir. Währenddem, ich traute meinen Ohren kaum, wurde da oben irgendwo ein süßer Ton laut, der sogleich wieder verstummte. Über mir kreiste nur Nebel, und hinter der Brandmauer verschwand ein Mann mit einer Hacke und ihm auf den Fersen eine Frau in Höfen mit einer Schaufel, und bald darauf erscholl ein dumpfer Schlag und wieder einer und etwas später ein Schürzen, ein kaltes, nüchternes Schürzen. Mich fröstelte. Was hatte ich hier noch zu suchen?

Plötzlich wieder der süße, berückende Laut, irgendwo über mir, ein billiges Längel als verdien, und, wie aus Widerspruch, hinter der Mauer der stumpe Schlag und das kahle Schürzen, und jetzt entdeckte ich in Höhe des

ertrag Stocks an der Brandmauer einen Vogelkäfig und hinter den Stäben einen Harzer Roller, sein Köpfchen trillernd erhoben, dem sanft erblauenden Morgen entgegen.

Leise rief ich dem Vogel, rief ihn „Hans“, ein Name, den Harzer Roller wie so manch anderes hinnenmen. Hans sah mich erst mit seinem einen Auge an, blickte mit dem andern, schlüpfte sodann zur Tür heraus und fatterte mir entgegen, der niedergebrosenen Südwand zu, blieb aber dort, wo sich die Wand einst erhob, auf einmal hängen, wirbelte in der Luft wie vor einem Hindernis und huschte schließlich wieder nach seinem Bauer zurück.

Die Sache zu ergründen, kletterte ich in die Trümmer hinein, Verstört flitzte der Vogel der weggeblasenen Nordwand zu, und wieder, als stände sie noch, hing er dort wie aufgespießt und als ich ihn über jenes unsichtbare Hindernis zu treiben suchte, entwich er nach der noch ragenden Ostwand, durch eines ihrer Fenster in die Freie hinaus. Eilich später glitt er wieder herein, schob nach einem unter seinem Käfig klaffenden Spalt in der Mauer, plüchte dort an einem Häufchen Körner herum und ließ mich hierbei nicht aus dem Auge.

Plötzlich stand die Frau von nebenan da, auf ihre Schaufel gelehnt, und redete dem kleinen Vogel zu, und dann erklärte sie mir, gleichsam entschuldigend, jemand müsse sich doch um Hänschen kümmern, nachdem seine Herrschaft — sie wies nach den Trümmern — da unten geblieben sei. Sie ging wieder an ihre Arbeit, und das kleine Kitas, dieser aufgespulte Sonnenstrahl, überflamte von neuem das Pochen der Hacke, das Klatschen der Schaufel.

Können Sie das begreifen? Der kleine Vogel hatte jetzt seine Freiheit, und trotzdem

schreckte er vor ihr zurück, vor nicht mehr vorhandenen Mauern. Er hätte wohl auch in seinen jungen Tagen gefunden, daß er zum offenen Fenster hinausfliegen könne, und es bot sich ihm jetzt genug Gelegenheit, und dennoch kehrte er rasch wieder beim Freiheit, was hätte er auch viel mit seiner Freiheit anfangen können, die er nie gekannt hat, die ihm eine bange Ungewißheit blieb, in der er sehr wahrscheinlich unkommen würde, ein Opfer des Hungers, der Kälte oder der Katze?

Eine frevelhafte Wette

Ein Schuster, der häufig in der Gesellschaft fröhlicher Trinkgenossen weilt, die zu allerhand ausgesuchten Scherzen aufgelegt waren, schloß mit diesen die Wette ab, daß sie ihm zehn Liter Kirsch und hundert Stumpen schuldeten, wenn sie ihn nicht binnen drei Wochen der Furcht überführen könnten. Sie erannen nun die ausgefallensten Stücke, die sie den mutigen Schlenker bewältigen ließen, oft haarscharf an tödlicher Gefahr vorbei, doch immer lachte er; er habe schon engere Fühlung mit dem Gevatter Tod gehabt.

Sodann erfanden die Burschen, die für ihre Wette mehr fürchteten als der andere für sein Leben, die bedenkllichsten Proben, die dem Schuhmacher plötzlichen Schrecken einflößen sollten, um ihn zu beweisen, daß seine Pechlosigkeit doch eine verletzliche Stelle habe. Er aber erklärte immer nur mit kalter Ruhe, er hätte mit dem Tode Bruderschaft getrunken.

Da kamen die Burschen kurz vor Ablauf der drei Wochen auf einen geradezu frevelhaften Entfall: sie tranken nämlich den Schuster, ob er in stände sei, neben einem im Sarge liegenden Toten des Nachts beim Ker-

zenlichte seine Schuhe zu bescholen. Da in der Nachbarschaft ein alleinstehender Buchbinder verstorben war, ließ sich die Probe leicht durchführen. Wenn es weiter nichts sei, entgegen der Schuster lachend und begab sich am selben Abend mit seinem Weckkasten in das Sterbezimmer.

Nun aber hatten die an der Wette Beteiligten die Leiche des Buchbinders aus dem Raume entfernt und dafür des Haarschneiders Lehrling gegen ein reichliches Trinkgeld in einem vom Sargmacher entlehnten Schrein hineinsteigen lassen, im Hemde und mit kreidebeschlammtem Gesicht. Um Mitternacht, so unterwies sie ihn, sollte er sich aus seinem engen Gehäuse erheben, worauf sie, die wittenden Burschen, aus dem Nebenraum tretend, den nüchternen Schlenker unfehlbar lähen Entsetzens zu überführen gedachten.

Während sie hinter einem Vorhang lauschten, war es ihnen weniger geheuer als dem Schuster, der mit Seelenruhe Nagel um Nagel in das Leder trieb, mit unheimlichen, gleichmäßigen Schlägen. Nur einmal schien sich in dem schwarzen Kasten neben ihm der Tote umzudrehen. „Nanu“, sagte der Schuhmacher und hielt eine Weile mit Klöpfen inne. „Doch freilich“, meinte er darauf, „mir wären die Bretter auch zu hart.“ und fuhr mit seiner Arbeit fort.

Als dann endlich um zwölf Uhr — den Lauschenden trat der Schweiß auf die Stirnen — sich langsam der Deckel öffnete und, vom Kerzenlicht fahl beleuchtet, das unkenntliche, blass Antlitz des vermeintlichen Leichnam sichtbar ward, da schlug der Schulflicker mit dem Ausspruch: „Tot muß tot bleiben!“ den schweren Schusterhammer auf dessen Kopf, so daß der Lehrling nun wirklich tot in dem Sarg zurückfiel. G.F.

HANDEL UND WIRTSCHAFT

1. Stuttgarter Auktion:

Anziehende Häutepreise — Teuere Schuhe?

In der US-Zone wurden die Weltmarktpreise überboten

Die erste freie Häuteversteigerung seit 14 Jahren, für die gesamte amerikanisch besetzte Zone geltend, die kürzlich in Stuttgart stattfand und die für die weitere Entwicklung des Preisgefüges in der gesamten Ledererzeugenden und -verarbeitenden Industrie Westdeutschlands maßgebend sein wird, dürfte weite Kreise, vor allem auch in unserem Gebiet, interessieren. Wie oft schon wurde die Frage gestellt, warum heute Schuhwaren gegenüber „früher“ so bedeutend viel mehr kosten! Sollen nun womöglich die Schuhpreise noch weiter in die Höhe gehen?

Einen gewissen Aufschluß über die Zusammenhänge erhalten wir aus einem Artikel der „Wirtschafts-Zeitung“ vom 30. 7. 1948, worin eingangs richtig betont wird, daß ja die Schuhpreise „politische Preise“ seien. Die Schilderung des Ablaufs der Versteigerung in Stuttgart läßt erkennen, daß zunächst von verantwortlicher Seite ernsthaft der Versuch gemacht worden war, eine übermäßige Preissteigerung im Angebot zu verhindern. Daß man sich nach Beendigung dieser ersten, im wahren Sinne des Wortes anscheinend sehr „freien“ Auktion auch in Fachkreisen nicht ganz wohl fühlte, beweisen folgende Sätze aus dem Bericht einer Teilnehmerfirma, die immerhin etwa 30 Prozent der angebotenen Mengen an Kalbfellen bzw. Großtierhäuten angestiegelt hatte: „Nach der Eröffnung der Auktion ernannten wirtschaftliche Amtsstellen und die Auktionsleitung zu besonnenen Einkäufen (Preisel), und man machte mit den ersten 10 Losen einen Versuch der Preisbildung. Die Käufe wurden alsdann unterbrochen, und eine Kommission, bestehend aus dem Arbeitsausschuß der Häuteverwertungen und Gerber, beriet über die Frage, ob die Versteigerung bei den abgegebenen Geboten — diese wurden schon als nicht erwartet hoch bezeichnet — weiter durchgeführt werden sollte oder aber eine Verteilung in irgendeiner Form besser sei. Schließlich gewann jedoch die Auffassung Raum, daß es richtig sei, die Auktion abzuhalten und die Preise auspendeln zu lassen.“ Und ferner: „Abschließend möchten wir nicht unerwähnt lassen, daß wir Mühe hatten, uns selbst zurecht zu finden in unseren Entschlüssen in Bezug auf den Einkauf.“

Wir glauben, daß angesichts des Rohwarenhungers und der noch länger anhaltenden Nachfrage in Schuhwerk und technischem Leder die Kaufkraft der Gerber anwächst. Trotzdem empfehlen wir Besonnenheit und Mäßigkeit im Einkauf.“

Zum besseren Verständnis seien einer in der „WZ“ veröffentlichten Aufstellung der Preisentwicklung für Rinderhäute (Gewichtskategorie 25—29,5 kg) und Kalbfelle (4,5—7,5 kg) im Jahresdurchschnitt von 1924 bis 1932 die markantesten Werte entnommen:

Preis pro kg	Rinderhäute	Kalbfelle
1924	1,80 RM	3,08 RM
1928	2,30 RM	3,37 RM
1932	—,91 RM	—,99 RM

Demgegenüber der Stopp Preis bis 1948 (hierorts bis heute): —90 DM (bis 4,5 kg) 1,38 DM

Hierzu die Höchstpreise der Stuttgarter Auktion: 3.— DM 4,31 DM
Inzwischen liegt ein Ergebnis der 1. Hamburger Auktion vor: 2,58 DM 3,50 DM (Eine Mitte Juli in New York gehandelte Ochsenhaut kostet den deutschen Importeur 2,20 DM pro kg!)

Als im weiteren Verlauf der Stuttgarter Auktion selbst die Weltmarktpreise überboten wurden und der amtliche Hinweis auf bevorstehende Importe im Werte von 7—8 Mill. Dollar unberücksichtigt blieb, waren unter den Teilnehmern nicht wenige der Auffassung, daß man in 14 Tagen wieder Zwangswirtschaft haben werde. Diesem Ergebnis liegt nicht allein der evtl. durch die amtlicherseits stillschweigend begünstigte Hortung angestauter Warenlager, sondern wohl vielmehr die Tatsache zugrunde, daß die stets als unausbleiblich erachtete Angleichung des Preises des Inlandserzeugnisses an die Weltmarktpreise fast alliange auf sich warten ließ. Mit Recht vertreten daher maßgebende Persönlichkeiten den Standpunkt, daß dies „keinstella über Nacht gehen könne.“

Die Lage in der französischen Zone

Die oben gezeigte Übersicht allein läßt erkennen, daß in unserer Zone schnellstens etwas geschehen muß, soll die jetzige Form der Erfassung nicht in gefährlicher Weise unterhöhlt werden und unabsehbare Folgen für die betroffenen Industrien nach sich ziehen. Trotz der Schaffung der DM zeigt sich bereits bei den Produzenten, d. h. den Ablieferern der Häute und Felle, eine merkliche Unlust, die sich naturgemäß auf die Stellen überträgt, die mit der Sammlung und Verwertung beauftragt sind. Seit 3 Jahren haben sie immer wieder trotz unnatürlich gedrückter Preise dem Appell Folge geleistet, der Industrie die lebensnotwendigen Rohstoffe anzuliefern, sehen sich aber nun angesichts der Entwicklung in der amerikanischen Zone vor unlösbare Schwierigkeiten gestellt. Deshalb verdient die Forderung der Häuteverwertungen und Großhändler nach einer vernünftigen Anpassung an das nun einmal Tatsache gewordene Niveau volle Aufmerksamkeit. Sie sind sich wohl mit den hiesigen Gerbern darin einig, daß durch eine „stufenweise“ vorzunehmende Angleichung ein Stand erreicht werden muß, der weitere prompte Ablieferung des Gefalles innerhalb unserer Zone gewährleistet. Vermutlich wird man hier keinesfalls an die Weltmarktpreise heranziehen und tut gut daran, das Ergebnis weiterer Auktionen abzuwarten, bis die Preise auspendelt haben.

Wie werden aber dann die Lederpreise und darüber hinaus, was uns alle brennend interessieren muß, die Schuhpreise aussehen? Ohne nennenswerte Erhöhung der Rohstoffpreise kostet das Leder durchschnittlich heute schon bedeutend mehr als in „Friedenszeiten“. Dies beruht auf der nach Kriegsende eingetretenen unvermeidlichen Erhöhung der Kosten, besonders in der Beschaffung der Hilfs-

stoffe. Wie in der „WZ“ richtig kommentiert wird, ist in „Zeiten normaler Konkurrenz“ nichts gegen das Einkalkulieren des „Wiederbeschaffungspreises“ einzuwenden, was eine sofortige beachtliche Erhöhung der Preise für Leder und Schuhe zur Folge hätte in dem Augenblick, in dem bereits ein höherer Aufwand für die Beschaffung der Rohware bzw. des Leders bestritten werden muß. Andererseits wäre es auf Grund der angespannten Versorgungslage unverantwortlich, wenn von irgendwelcher Seite nennbar Ware zurückgehalten würde. Es müssen folglich Rohwarelieferanten, Ledererzeuger wie auch Schuhfabrikanten und vor allem der Schuhhandel für die nächste Zeit auf einen allmählichen Übergang bedacht sein, wobei stets der Konsument nicht aus den Augen gelassen werden darf!

Möglichkeiten einer Ueberbrückung

Aus mancher Unterhaltung über die Zukunft unserer Bevölkerung hört man da und

dort eine leise Enttäuschung über den Mangel an „Gemeinschaftsgeist“ durchdringen. Man vermerkt, daß eine „Nützlichkeit“, die unsere Bevölkerung in der Gesamtheit darstellt, manches fertigbringen kann, was entgegen althergebrachter Gepflogenheit sonst hier unmöglich erscheint.

In unserem Falle hieße es, daß über den Rahmen der bereits ins Leben gerufenen Fachkommission hinaus eine noch engere Verbindung zwischen Erzeuger und Verbraucher unter Einfluß aller wichtigen Zwischenstellen wünschenswert ist. Hierzu ergibt sich hoffentlich bald eine Möglichkeit, bei vernünftiger Bescheidenheit aller Beteiligten eine Regelung zu treffen, die dazu beiträgt, reinen Gewissens vor die Verbraucher zu treten. Unerwünschte Komplikationen in Gestalt weiterer Lohnforderungen sowie Preiserhöhungen der gesamten Zubringerindustrie, was eine gefährliche Kette ohne Ende bedeutete, könnte man sich damit ersparen. J.

Schweizer Kapital in Südwestdeutschland

Die Zahl der in Süddeutschland arbeitenden Schweizer Industriebetriebe ist immer noch beachtlich. Insgesamt gehören ca. 200 Unternehmen als ganz oder überwiegend schweizerisches Eigentum der neu gegründeten „Vereinigung schweizerischer Unternehmen in Süddeutschland“ mit Sitz in Basel an. Schon die Zahl und Art der angeschlossenen Betriebe aus der Seidenstoff- und Bandweberei, der Baumwoll- und Veredelungsindustrie, der Maschinen-, Tabak- und Papierindustrie, des Baugewerbes, der Spedition, des Handels und der Energiewirtschaft gibt einen Hinweis auf den Umfang und die Vielfalt der Schweizer Interessen in Deutschland. Man beziffert den gesamten Investitionswert auf gut eine Milliarde Schweizer Franken (Sfrs.). Allein die im Wiesental, im alten Handelskammerbezirk Schopfheim, angesiedelten Schweizer Textilunternehmen, die in Süddeutschland rund 50 Fabriken aller Art zählen, repräsentieren einen Wert von 400 Mill. Sfrs. Ebensole Industrie betreiben sich auch im Bezirk von Säckingen und Laufenburg. Hierzu gehören auch noch die zahlreichen Baumwollspinnereien und Webereien, die Betriebe für Seidenveredelung in der näheren und weiteren Umgebung von Basel und die weltbekannten Färbereien an den Wasserläufen des südlichen Schwarzwalds.

Als zweitwichtigster Zweig folgt die Tabakindustrie im badischen Rheintal. Zwar gehören nur 10 von den insgesamt ca. 400 süddeutschen Tabakfirmen den Schweizern. Aber sie verarbeiten fast 1/4 der hier anfallenden Tabakernie, die wiederum 7/8 der gesamtdeutschen Produktion darstellt. Die 10 Fabriken beschäftigen immerhin rund 1000 Arbeiter.

Kapitalmäßig an erster, aber zahlenmäßig an dritter Stelle folgen die Schweizer Interessen in der chemischen und zum Teil auch in der Maschinenindustrie. Die Lonza, Hoffmann-La Roche, Sandoz, Ciba und Geigy besitzen vor allem in Südbaden eine Anzahl ganz modern eingerichteter Werke, die über kostspielige und wertvolle Maschinen- und Transportanlagen verfügen. Ihnen in der Rangordnung — was die Kapitalbeträge anlangt — gleich erscheinen das Rheinfelder Werk des Neuhauser Aluminium-Konzerns,

neben dem ebenfalls eine Reihe größerer Aluminiumverarbeitungswerke in Singen und im Konstanzbezirk steht. Letztere sind von der Demontage fast verschont geblieben und dürfen auch weiterarbeiten.

Es folgt dann noch als größter und wertvollster Betrieb die Maschinenfabrik Neuhausen, vorm. Georg Fischer in Singen, hinter der der Eisenbau Wyhlen (Bühl-Basel) und die Ravensburger Tochterfabrik Escher-Wyß rangieren. Ebenso findet man in der hiesigen Uhrenindustrie manchen Schweizer Namen. Aber auch in der Nahrungsmittelindustrie ist die Schweiz vertreten. Zu der langen Reihe der Schweizer Initiativen entstammenden Weltunternehmen Süddeutschlands zählt vor allem auch das zum gleichnamigen Kemptner Konzern gehörende bedeutende Nahrungsmittelwerk MAGGI in Singen.

Damit ist die Liste der Schweizer Betriebe auf deutschem Boden noch keineswegs beendet. Die obige Aufzählung beweist aber schon zur Genüge, wie wichtig der Schweizer Anteil an der gesamtdeutschen Industrie ist. Schweizer Unternehmen sind es auch gewesen, die nach Kriegsende zuerst wieder mit der Arbeit angingen, dank der ihnen zur Verfügung stehenden Devisen und der nicht abgebrochenen Handelsbeziehungen mit dem Ausland. In ihnen fand der deutsche Arbeiter zuerst wieder sein Auskommen.

Aber auch die französische Militärregierung ist an diesen Werken starkstens interessiert, um so mehr, als ein großer Teil ihrer Produktion im Rahmen der Reparationsleistungen und der Handelsbeziehungen zwischen der französischen Zone und Frankreich den Weg nach dem Westen nimmt. Aus diesem Grunde ist jedoch die Sorge verständlich, mit der die verantwortlichen Leiter der Schweizer Unternehmen und die Schweizer Bundesregierung die Durchführung der deutschen Währungsreform und ihre Auswirkungen beobachten. Denn von ihr und der Behandlung des Schweizer Kapitals in Deutschland hängt es letzten Endes ab, ob ein weiteres Arbeiten noch lohnt, ganz abgesehen davon, daß es ein wertvoller Faktor unserer Außenhandels mit ihrem Schwund verloren gehen würde. Dr. W. Hempel

DER SPORTBERICHT

Leichtathleten mit Sorgen

Kann großer Bruder „Fußball“ nicht helfen? Wenn Prominente deutschen Sports bei Deutschen Meisterschaften zusammenkommen, tauschen sie ihre Erfahrungen aus und ziehen nach der Bilanz die Schlüsse, wie es in Zukunft besser gemacht werden könnte. Bei den deutschen Leichtathletikmeisterschaften gab es nun gleich eine ganze Reihe neuer Versuche, um die olympische Sportart „Leichtathletik“ in Deutschland auf eine gesunde Basis zu stellen.

Unermüdet würde unsere mehrfache Weltrekordhalterin und Olympiasiegerin Gisela Mauermayer ihre reichen internationalen Erfahrungen der aufstrebenden deutschen Frauen-Leichtathletik zur Verfügung stellen, wenn, ja wenn die bescheidenen Mittel zur Einwerbung einer Schulung vorhanden wären. Sowohl Gisela als auch Cheftrainer Watter, der über dieses Problem ins Gespräch kam, würden es freudig begrüßen, wenn der große Bruder Fußball durch ein Repräsentativspiel die Mittel schaffe, die die Grundlage zur Schulung deutscher Leichtathleten im Hinblick auf Olympia 1952 sein könnten. Hier könnte Weber (Solingen) bestimmt ein gutes Werk tun. Oder wollen der 1. FC Nürnberg und der 1. FC Kaiserslautern nicht einmal in einer „Meisterschaftsrevanche“ jene D-Mark hereinholen, die die deutsche Leichtathletik benötigt?

Frankfurter Turnfest 1948 eröffnet

In diesen Tagen findet nach zehnjähriger Pause wieder das deutsche Turnfest in Frankfurt am Main statt, wobei die deutschen Meisterschaften im Kunstturnen, Volksturnen, Faustball, Schlagball, Korbball, Ringturnen ausgetragen werden. Am Schlußtag, dem 22. August, wird um die erstmals zum Austrag kommende deutsche Turner-Vereinsmeisterschaft gekämpft. Neben diesem Wettbewerb sind der olympische Zweikampf und der deutsche Zweikampf der Männer sowie der Neunkampf der Frauen die wertvollsten Prüfungen.

Das Frankfurter Turnfest 1948 wurde am Donnerstag mit einer Feierstunde in der Paulskirche eröffnet. Es begann mit einem feierlichen Einzug der Festgäste, vorbei an den mit schwarzen Hosen und weißen Trikots bekleideten jungen Sportlern. Zahlreiche Frauen der alten deutschen Turnerbewegungen hatten einen Ehrenplatz im Kirchenraum gefunden. Der erste Satz der Einbeleg-Sinfonie von Ludwig van Beethoven leitete zu einem Vortragsstück über „Anschließend übernahm Eugen Eichhoff, der Leiter des deutschen Arbeitersportvereins Turnen, die Leitung des deutschen Turnfestes.“

Die Turner haben ihre alten Banner wieder hervorgeholt. Da sind die Traditionsbanner der Hamburger Tsch. 1818, die Banner des TSV. Offenbach 1824 und der Bockenheimer Tgd., über deren helde Tüch noch die Hände Jahrs stricken. Ist auch die Selde verschlossen, die Idee ist es nicht. Nach der Rede des Frankfurter Oberbürgermeisters, der eine schwarzrotgoldene Schleiße an

Auch sie ist immer noch dabei, die Olympiatrav von 1926, Käthe Krauß, diesmal den gebrochenen linken Arm in Gips in der Schlinge. Sie betrat die Mädel aus Wuppertal, die ihr eine zweite Heimat boten. Und der Erfolg gab ihr recht. Hinter Wecker-Brennen belegten die Schützlinge von Käthe Krauß den zweiten Platz. Der Weltrekord aber, der von Krauß, Albus, Dollinger (sie lief in alter Frische für den 1. FCN.) und Dorfeldt mit 44,4 Sek. über 100 m gehalten wird, wird wohl nicht weichen. — Deutschland hält noch vier Weltrekorde: über 400 m Frauen, über 1000 m Frauen durch VfB. Breslau mit der Olympiasiegerin Frau Radtke-Batschauer, den 800-m-Rekord durch Harbig und das 16-km-Bahngehen durch Paul Sievert.

Unsere kleine Sportlandschaft

Der 1. FC Nürnberg unterlag vor 3000 Zuschauern gegen die Niederrhein-Eif Spvg. Mülheim mit 2:2 Toren. Vor 3000 Zuschauern besiegte der TSV. Frankfurt die Elf von Mainz 05 in einem Fußballfreundschaftsspiel, das am Mittwoch ausgetragen wurde, mit 6:4 Toren. Im Endspiel um den Pokal der französischen Zone stehen sich am Sonntag in Lüttich die Wormatia Worms und ST. Trossingen gegenüber. Der bekannte süddeutsche Repräsentativspieler Robert Schlienz vom VfB Stuttgart verunglückte

am Sonntag auf der Fahrt nach Aalen zu einem Freundschaftsspiel mit einem PKW so schwer, daß ihm der linke Arm oberhalb des Ellenbogengelenks amputiert werden mußte. Die bekannte Schauspieler Paul Klinger, Josef Sieber, Rudolf Platte und die Boxer Gustav Eder und Conny Rux bestreiten im Rahmen einer Wohltätigkeitsveranstaltung auf der Berliner Pferdebahn Mariendorf ein Trabrennen. Die Leichtathletik-Meisterschaften der französischen Zone werden am 11. und 12. September in

Neustadt a. d. H. durchgeführt. Die Meisterschaft endet am 23. August. Jeder Teilnehmer ist berechtigt, bei drei Einzelwettbewerben ohne Staffeln zu starten. Teilnahmerecht sind die Leichtathleten aller geschlossenen Sportvereine der Zone des Jahres 1947 und 1948, die im Besitz eines gültigen Ausweises der Landesportorganisationen sind und entweder Landesmeister von 1948 in ihrem Wettbewerb sind oder bis zum 22. August in die Ausweisschein genannten Mehrleistungen erzielt haben.

Es tut sich was im deutschen Fußballsport

Nachdem die Großvereine Süddeutschlands den „Vertragspieler“-Status, somit dem Kinde einen anderen Namen gaben, und dem Prof-Unternehmertum das Wasser von dem langsam ins Rollen gekommenen Mühlenrad nahmen, nachdem die Freiheit des Interzonenverkehrs der drei Westzonen offiziell proklamiert wurde, werden sich in deutschen Fußballsport aus dem Nebel die ersten klaren Konturen abzeichnen und wir, die wir uns bis jetzt mit dem Streifen Prof contra Amateur gar nicht um die Probleme der Oberliga nur wenig befassen, sehen nun die Zeit als gekommen, hier etwas die Nebelstöße einzuschleusen.

Es wird sich auf die Dauer nicht umgehen lassen, daß alle Teile Deutschlands sich dem Beispiel der Oberliga Süd anschließen, den Vertragspieler einführen und einen klaren Trennungsschnitt zum Amateursport ziehen. Dann bekümmern wir mit Oberliga (Süd, West, Nord und Mitte) eine sichere Grundlage für ein weiteres Vordrängen der repräsentativen Spielkultur. Die zweite Liga (Landesliga) sollte in Baden und Württemberg fest, daß eine Einführung des Vertragspielers augenblicklich unmöglich sei. Man bekannte sich zum reinen Amateursport und erklärte die Spezialität von 3 DM (Geldspiel) und 12 DM (Ausweisspiel) als ausreichend. Scheinverhältnisse, Spenden in Geld oder in Sachwerten wurden streng verboten, und die Vereine unterschrieben einen Schutzvertrag, wonach sie sich verpflichten, die amtlichen Sponsoren zu unterstützen und den Fußballverbänden die Möglichkeit zu geben, bei Untersuchungen die Betroffenen von den Gerichten unter Eid nehmen zu lassen.

Was aber nun, wenn die bayerische und hessische Landesliga beschließt, den Vertragspieler einzuführen? Es ist doch zum Bedauern unendlich, daß für seine Spieler für 3 DM halten kann! In Bayern und Hessen können sich die Landesligen fast durchwegs auf große Städte stützen, wo keine Oberliga-Konkurrenz zu befürchten ist. Bamberg, Rosenheim, Regensburg, Ingolstadt, Hof, Fürth, Kassel, Achaffenburg, Fulda, Wiesbaden, Darmstadt usw.

Wir sehen, auch die zweite Liga (Landesliga) wird nicht drum herum kommen, ebenfalls den Vertragspieler einzuführen und alle Probleme Oberliga und Absteiger wären gelöst. Vielleicht wird man sich bei uns in Baden-Württemberg bald in der Lage sein, in diesem Sinne mitzumachen. Unsere Politiker sind ja augenblicklich dabei, den „Sechsmillionenstaat“ durch Zusammenschluß von Nordwürttemberg, Nordbaden, Südwürttemberg, Südbaden zu schaffen. Dann wird die Bildung einer starken Landesliga nach bayerischem und hessischem Vorbild möglich sein, eine Staffeln, die sich beispielsweise auf folgende Städte stützt: Pforzheim, Durlach, Heilbronn, Ummerkirch, Freiburg, Konstanz, Rastatt, Reutlingen, Tübingen, um nur einige Namen zu nennen. Das wäre eine tolle Sache, große Unkosten, aber auch große Einnahmen, die hinter denen der Oberliga nicht weit zurückzustehen brauchen.

Allen anderen Vereinen, die auch bei großen Spielen keine 3 bis 12 000 Zuschauer zu erwarten haben, würden wir nicht empfehlen, sich dem Vertragspielerverband anzuschließen. Sie werden am besten in leistungsstarken Bezirksligen zusammengefaßt werden, von denen wir hier in Südbaden vielleicht drei Staffeln (Baden-Baden/Offenburg, Freiburg/Hochheim, Schwarzwald/Bodensee) mit Vereinen wie Baden-Baden, Adern, Offenburg, Offenburg (Kehlb), Lehr, Konstanz, Kuppenheim bilden könnten, um die Staffeln mit dem Verlagsort unserer Zeitung zu nennen. — Kinder, Kinder, das wären seltsame Zeiten für den deutschen Fußballsport und es dürfte kein Platz mehr sein für kurzschüssige Vereinspolitik.

Rund um den Fußball-Gisbus

Im Fußball steht überall in Europa der Beginn der neuen Saison bevor. Deutschland hatte dieses Mal wegen der späten Nachkriegsmeisterschaft und der allzu reichen Flut von Freundschaftsspielen (wobei vor allem der Süden des Guten ein wenig zitiert hat) keine Sommerpause, so daß es ohne Stop in die neuen Meisterschaftsrunden geht. Im Ausland fand das ziemlich mittelmäßige Olympia-Turnier keine besondere Beachtung und man erwartete mit viel größerer Spannung den Start der neuen Punktspiele. Der 1. FC Saarbrücken stellte inzwischen in Paris, wo er als erster deutscher Verein nach dem Kriege gastierte, die Spielweise. Gegen eine Kombination Stade Francaise/Red Star spielte er 1:1, und der Sportzeitung „L'Equipe“ nötigte er damit die Anerkennung ab, daß Saarbrücken „manchen Vereinen der ersten französischen Liga überlegen ist“.



Freiburger Chronik

Spielzeitbilanz 1947/48 der Stadt Bühnen

Die Stadt Bühnen Freiburg i. Br., der Spielplatz für Theater- und Konzertsachen in der südwestlichen Ecke Freiburgs im kaiserlichen Hinsicht auf eine einig- mals ständige Spielzeit 1947/48 zurückblicken.

Die Gasversorgung Freiburgs

Von der Arbeit des städtischen Gaswerkes — Fast das gesamte Rohrnetz wieder in Betrieb

Auf dem Lande und in den kleinen Orten, die über keinen Gasanschluß verfügen, müssen die Hausfrauen ihre Mahlzeiten mit Holzfeuerung zubereiten. Dies ist heute bei der Holzknappheit doppelt mühsam.

Vor drei Jahren bot die Gasversorgung der Stadt noch erhebliche Schwierigkeiten. Die Unglücksnacht des 27. November 1944 und die späteren Luftangriffe wirkten sich auch auf dieses Gebiet sehr nachteilig aus.

1945 nur ein Ofen unter Feuer

Während vor dem Fliegerangriff von sechs vorhandenen Ofen fünf funktionierten, genügten bis April 1945 zwei Ofen, von Mai bis September 1945 stand sogar nur ein Ofen unter Feuer.

Umgestaltete Kammerspiele

Besichtigung durch die Presse am Dienstag

Schauspielkunst und Raumgefühl hängen eng miteinander zusammen. Führende Theaterleute und Architekten haben sich durch die Jahrhunderte um das Problem des szenischen Raumes bemüht.

Infolge baupolizeilicher Vorschriften wurden inzwischen einige technische Änderungen notwendig, die man während der Theaterferien durchführte.

Da man nun einmal an der Arbeit war, fügte man in einem Zuge auch kunstästhetische Verbesserungen hinzu, die von der Perspektive des Spielers her ratsam waren.

Bleibt sich der kammerpielhafte Charakter des Bühnenraumes gewahrt, so bietet doch die nunmehr erreichte Tiefe von 10,50 und Breite von 11 Meter der Bühnenbildnerischen und regielichen Orientierung einen breiteren Spielraum.

Auf einer Presseführung, zu der die Stadt am Dienstag einlud, konnte man diese wesentliche Neugestaltung zum ersten Male in Augenschein nehmen.

erzeugung bereits 1,5 Millionen cbm. Allerdings mußte der Gasheizwert (lt. Kontrollratsgesetz) auf 3600 WE (gegenüber 4600 WE früher) pro cbm gesenkt werden.

Nach den Gaseinschränkungsbestimmungen erhielt ab November 1945 die erste Person im Haushalt 16 cbm Gas im Monat, jede weitere zum Haushalt gehörende Person 4 cbm Gas zugeteilt.

Beseitigung von Rohrbrüchen

Größtes Gewicht wurde von Anfang an auf die Rohrnetz-Reparaturen gelegt. Vom 27. November 1944 ab wurden im Rohrnetz 230 Rohrbrüche beseitigt.

Wenn die Gasversorgung trotz großer Schwierigkeiten all die Jahre hindurch aufrecht erhalten werden konnte, so ist dies neben der umsichtigen Leitung besonders der unermüdeten Mitarbeit der gesamten Belegschaft zu danken.

Was bietet Freiburg?

Samstag, den 21. August: Städtische Bühnen (Casino): „Der Vogelkämpfer“, 20.00 Uhr. — Kammeroper: „Wie sind noch einmal dascomkommen“, 19.30 Uhr. — „BGA“-Ausstellungsgaststätte: Kabarett und Tanz, 20.00 Uhr.

Von Woche zu Woche

Russische Gleichzeitigkeit mit dem vor Tagen Kulturfilme hier gezeigten sowjetrussischen Farbfilm „Die Liebe siegt“ liefern im Vorprogramm auch einige russische Kulturfilme.

Studio Freiburg sendet

Samstag, den 21. August: 8.15: Nachrichten. — Morgenmusik, 8.30: Sinfonie, 11.45: Die Zeit im Gespräch, 12.10: Mittagskonzert, 12.45: Die Regierung hat das Wort, 16.45: Bund Unterhaltung zum Samstagabend, 19.30: Die Glöckchen von Böben laden den Sonntag ein, 21.15: Tanzmusik aus Freiburg.

Beisetzung Bürgermeister Gellers

Unter großer Anteilnahme der Bevölkerung und in Anwesenheit von Staatspräsident Wohleb, Vertretern der Militärregierung und der Kirchen, wurde Bürgermeister Geller am Mittwoch nachmittag zur letzten Ruhe geleitet.

Blick auf den Landkreis Freiburg

Kirchhofen. Bei schönstem Wetter konnte das Patroziniumsfest Maria Himmelfahrt abgehalten werden. Schon in den frühen Morgenstunden eilten viele Wallfahrer aus der Umgebung herbei.

Schallstadt. Am Samstag und Sonntag findet im Gasthaus „zum Löwen“ in Schallstadt ein Handharmonika-Konzert statt.

St. Peter. Eine Trachtengruppe in der Heimattucht von St. Peter begibt sich zum Helmatnach Haslach im Kinzigtal, wobei der „Wächter Heiner“ die vierzehn Paare mit den alten Tänzen „Sexte wohl, da kimmt er“ und „Friederik“ gut einstudiert hat.

Fleisch für die 3. Dekade

Von 0-3 Jahren Abschnitt 120, 50 gr; von 3 bis 4 Jahre Abschnitt 13, 14, 150 gr; von 4 bis 10 Jahre Abschnitt 15, 16, 150 gr; von 10 bis 20 Jahre Abschnitt 17, 18, 19, 20, 200 gr; über 20 Jahre Abschnitt 19, 21, 150 gr.

Feiertages Dienstjubiläum: Regierungspräsident Hermann Kern, Statistisches Landesamt Baden, feierte am 8. August sein 50-jähr. Dienstjubiläum.

Aus dem Nachbarkreis:

Probleme eines Kurortes

Badenweiler beschließt die Gründung eines Verkehrsvereins

Badenweiler. In einer Zeit, da alle Dinge in Fluß sind, erfordert der Vorsatz, aufzubauen und den Kurbetrieb in Gang zu bringen, in erster Linie viel Tatkraft und Optimismus.

Kreisdelegierter Louis Joner leitete die Versammlung und griff alle die Fragen auf, denen sich der Kurort, nachdem nun wieder in kleinem Umfang der Kurbetrieb aufgenommen wurde, gegenübersteht.

Obwohl es klar ist, daß Kurgäste heute nicht des Vergnügens, sondern zur Herstellung ihrer Gesundheit Badenweiler aufsuchen, darf man auch die Unterhaltung nicht vergessen.

Müllheimer Bahnhof. Verbesserung der Verkehrsverbindungen, Einsetzen eines Gepäckträgers beim Bahnhof Müllheim, Wiederinstandsetzung der Häuser, die als Lazarett gedient oder sonst zweckentfremdet waren.

Der Geschäftsführer des Fremdenverkehrsverbandes, Dr. Boos aus Freiburg, sprach in seinem Referat davon, daß von Seiten der Militärregierung mit einer weiteren Freigabe von Häusern in absehbarer Zeit zu rechnen ist.

Bürgermeister Dr. Eismann wies darauf hin, daß nun nach zweijährigen Anstrengungen die Öffnung des Kurbetriebes in der schwierigsten Zeit vorgenommen wurde.

In der anschließenden Diskussion waren die Anwesenden mit der Gründung des Verkehrsvereins einmütig einverstanden und ernannten das für die Gründung notwendige Komitee.

Lokalredaktion: L. V. Dr. G. Feher. Geschäftstestler: Freiburg, Hildstr. 2a (Telefon 3703)

Au haben unserer einheimischen Automobilindustrie

1250 Lastkraftwagen als sofortiger Neubedarf für Südbaden — Starke Konzentration auf den Straßenverkehr zur Befriedigung des Transportbedarfes

Kastatt. Der wirtschaftliche Wiederaufbau unseres Landes, von dessen erfolgreicher Gestaltung nicht nur die Zukunft Deutschlands, sondern darüber hinaus weiter Teile Europas abhängig sein wird, ist zu einer der vordringlichsten Fragen unserer Gegenwart geworden. Diese Fragen beschäftigen nicht nur unsere führenden Staatsmänner und Wirtschaftler, auch der einfache Mann aus dem Volke, der nunmehr aus der Lethargie der letzten Jahre erwacht, beginnt interessiert das Geschehen um unsere wirtschaftliche Wiedergesundung zu verfolgen.

Eine Denkschrift über den wirtschaftlichen Wiederaufbauplan der drei Länder der französischen Zone umfaßt auch einen Transportplan. Danach ist zur Befriedigung des Transportbedarfes wegen der ungünstigen Verkehrsstruktur eine starke Konzentration auf den Straßenverkehr notwendig. Die zur Zeit vorhandenen Kraftfahrzeuge sind zur Durchführung der notwendigen Aufgaben, hauptsächlich auf dem Gebiete des Güterverkehrs, bei weitem nicht ausreichend. Allein für Südbaden wäre ein sofortiger Neubedarf von 1250 Lastkraftwagen zu decken, während der laufende jährliche Ersatzbedarf für Südbaden etwa 1500 Lastkraftwagen ausmacht.

Aheulich ist der Bedarf an Personenkraftwagen. Im Jahre 1939 waren in Südbaden etwa 18 000 Personenkraftwagen in Betrieb, während es jetzt noch knapp 6500 sind. Einem sofortigen Neubedarf von etwa 1000 Personenkraftwagen steht ein laufender jährlicher Ersatzbedarf von etwa 2000 Fahrzeugen dieser Art gegenüber.

Der notwendige Bedarf an Kraftwagen soll nach Möglichkeit durch deutsche Wagentypen gedeckt werden. Die großen Aufgaben, die durch unserer einheimischen Automobilindustrie zufallen, werden auch im Kreis Rastatt, der ja eine unserer bedeutendsten Automobilfabriken, die Daimler-Benz-Werke in Gaggenau, beheimatet, eine starke Aktivität auf dem Gebiete der Neufabrikation notwendig machen.

Die in Gaggenau hergestellten Daimler-Benz-Lastkraftwagen genießen Welttruf, und die Fabrikmarke der Werke, der Mercedes-Stern, umschließt den Begriff für ein höchstentwickeltes und wirtschaftliches Kraftfahrzeug.

Die Werke in Gaggenau, die durch die Kriegereignisse zu einem erheblichen Teil zerstört oder beschädigt wurden und außerdem durch Demontage einen Teil der restlichen Maschinen verloren haben, mußten sich den Verhältnissen der Zeit adaptierend, vorwiegend auf Reparaturen verlegen. Trotzdem ist die Fabrikation neuer Lastkraftwagen schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder angelaufen, und auch der zivile Sektor konnte in bescheidenem Umfang über die vorgeschriebenen Instanzen beliefert werden.

Der im Kreis Rastatt und zum überwiegenden Teil im Murgtal ansässige, seit Jahrzehnten herangebildete Facharbeiterstamm der Daimler-Benz-Werke könnte bei Schaffung der notwendigen Voraussetzungen den Werken die Möglichkeit einer beachtlichen Produktionssteigerung geben.

In dem bereits erwähnten Transportplan ist vorgesehen, den Kraftwagenbedarf der drei Länder der französischen Zone im Fertigungsprogramm der Bizone zu berücksichtigen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Neubedarf an Kraftfahrzeugen für Südbaden, Südwürttemberg und Rheinland-Pfalz im laufenden Jahr 1948—49 auf etwa 3500 Lastkraftwagen und ungefähr 6075 Personenkraftwagen geschätzt wird, erscheint die notwendige Aktivierung unserer einheimischen Automobilindustrie zugunsten des zivilen Bedarfs durchaus im richtigen Licht. Wie weit sich eine solche Aktivierung und die damit verbundene Produktionssteigerung durchführen läßt, hängt selbstverständlich von dem notwendigen Entgegenkommen der französischen und der übrigen alliierten Mächte ab.

Die Frage des Reifen- und Schlauchbedarfs sowie die Treibstoffversorgung spielen selbstverständlich ebenfalls eine entscheidende Rolle bei der Lösung dieser Aufgaben mit. Der Reifen- und Schlauchbedarf wird allein in den Ländern der französischen Zone für Lastkraftwagen auf 152 300 Stück geschätzt. Weiterhin liegt Bedarf an Reifen für Motorräder, Spezialfahrzeuge und Anhänger vor, und der Bedarf an Fahrradreifen u. -schläuchen wird mit etwa 1 000 000 Stück beziffert. Zur Deckung dieses Gesamtbedarfes wären etwa 8000 Tonnen Rohkautschuk im Werte von 4 Millionen Dollar notwendig.

Trotz aller Schwierigkeiten wird es notwendig sein, daß auch unsere einheimische Automobilindustrie zur Lösung der großen wirtschaftlichen Zukunftsaufgaben eingesetzt wird. Die Arbeiter des Kreises Rastatt und insbesondere die eng mit den Daimler-Benz-Werken in Gaggenau verwachsene Bevölkerung des Murgtals wird mit Freuden ihre ganze Kraft dieser Arbeit widmen. Es soll eine Arbeit für den Frieden werden, mit der sich das deutsche Volk wieder einen gleichberechtigten Platz unter den übrigen Völkern verdienen will.

Proteststreik in Rheinland-Pfalz

Koblenz. Nachdem der Bundesvorstand des allgemeinen Gewerkschaftsbundes von Rheinland-Pfalz beschlossen hat, die Arbeit für eine Stunde niederzulegen und gegen das Mißverhältnis zwischen Löhnen und Preisen zu demonstrieren, fand diese Kundgebung im ganzen Lande am Freitag, 20. August zwischen 11 und 12 Uhr statt. Die Militärregierung in Rheinland-Pfalz hat die Abhaltung der Kundgebung von Arbeitern, Angestellten und Beamten genehmigt, weil das Recht hierzu durch die Verfassung gegeben ist.

Gegen ungerechtfertigte Preissteigerungen

Koblenz. Im Anschluß an eine Besprechung mit dem Beirat der Industrie- und Handelskammer in Idar-Oberstein machte Staatssekretär Dr. Steinlein vom Wirtschaftsministerium von Rheinland-Pfalz in Koblenz vor einem größeren Kreis geladener Gäste Ausführungen zu den Problemen, die sich gegenwärtig aus der Wirtschaftslage in der französischen Zone ergeben. Er betonte besonders, daß gegen die unberechtigten Preissteigerungen mit aller Schärfe vorgegangen werden müsse. Der Landesregierung sei bereits ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt worden, der in klarer Form den Begriff der unberechtigten Preissteigerung umschreibe und die vorzusehenden Strafmaßnahmen angebe. Sowohl die Hortung der Ware als auch die Hortung von Geldmitteln sei eine Gefahr für den ordnungsgemäßen Ablauf der Wirtschaft.

Förderungen der Gemeinden von Rheinland-Pfalz

Ludwigshafen a. Rh. Der Hauptvorstand und der Landesausschuß des Gemeindetages Rheinland-Pfalz, der Spitzenorganisation sämtlicher Rheinland-Pfälzischen Gemeinden, faßte auf einer Arbeitstagung zur Währungsreform und zum Finanzausgleich eine Resolution, die der Erwartung Ausdruck gibt,

daß das Land Rheinland-Pfalz auch in Zukunft alles tut, um die Gebietskörperschaften vor dem finanziellen Zusammenbruch zu bewahren. Dazu werden drei Maßnahmen als vordringlich bezeichnet. 1. Rigoroser Abbau von Verwaltungsaufgaben, um die Voraussetzungen für Einsparungen zu schaffen. 2. Wiederherstellung der Steuereinnahmen der Gemeinden, soweit sie diesen seit der Reichsfinanzreform im Jahre 1920 genommen worden sind, und 3. Berücksichtigung der Ansprüche der Gebietskörperschaften beim Finanzausgleich des Landes.

Neustadt a. d. H. Der in der ganzen Pfalz bekannte Neustädter Buttergroßhändler Karl Sack und seine Ehefrau hatten vom Mal bis Dezember 1945 keine Bestandsmeldungen abgegeben, obwohl sie über 230 Ztr Butter, 230 Ztr Milch und mehr als 75 000 Dosen kondensierter Alpenmilch verfügten, mit denen sie ihre eigene Versorgungspolitik betreiben wollten. Diese erheblichen Mengen an schwarzen Beständen konnten aber doch nicht ganz geheim gehalten werden, so daß die Polizei eine Betriebskontrolle vornahm, die jedoch zunächst ergebnislos verlief. Erst als die Beamten eine Wand im Keller durchbrachen, stießen sie auf die verheimlichten Vorräte. Die Wirtschaftsstaatsanwaltschaft des Landgerichts Frankenthal verurteilte jetzt Sack und seine Frau zu je einem Jahr Gefängnis und 1000 DM Geldstrafe. Außerdem wurde Karl Sack noch mit 2500 DM und Einziehung des Mehrerlöses bestraft, weil er aus Kompensationsweinen einen Mehrgewinn von 7000 DM erzielt und damit gegen die Preisvorschriften verstoßen hatte.

Zunahme der Ehescheidungen in Südbaden

Freiburg. Die Tatsache, daß die Kriegsjahre einerseits die Ehefreudigkeit stärken und andererseits zur Folge haben, daß die Zahl der Ehescheidungen nach Schluß des Krieges erheblich ansteigt, findet auch in den statistischen Feststellungen des Jahres 1947 für Südbaden ihre Bestätigung. 1947 wurden in Südbaden 1487 Ehen gegenüber 1137 im Vorjahre aufgelöst. Auf 100 000 Personen kommen 123,5 Ehescheidungen gegenüber 90,8 im Jahre 1946, d. h., es wurden 1947 rund 40% mehr Scheidungen vorgenommen, als im Vorjahr. 842 dieser Ehen (53%) waren zwischen 1938 und 1945, also während des Krieges oder in der unmittelbaren Vor- und Nachkriegszeit geschlossen worden. Gegenüber dem Vorjahr ist demnach der Anteil der jüngeren Ehen an den Scheidungen gestiegen. Es wird sich dabei zu einem Teil um die überall geschlossenen Kriegsehen handeln, die der langen Trennung und den sonstigen Schwierigkeiten nicht standhielten. Die Schuld verteilt sich gleichmäßig auf den Mann, die Frau und beide.

Zahl der Ehescheidungen nach Schluß des Krieges erheblich ansteigt, findet auch in den statistischen Feststellungen des Jahres 1947 für Südbaden ihre Bestätigung. 1947 wurden in Südbaden 1487 Ehen gegenüber 1137 im Vorjahre aufgelöst. Auf 100 000 Personen kommen 123,5 Ehescheidungen gegenüber 90,8 im Jahre 1946, d. h., es wurden 1947 rund 40% mehr Scheidungen vorgenommen, als im Vorjahr. 842 dieser Ehen (53%) waren zwischen 1938 und 1945, also während des Krieges oder in der unmittelbaren Vor- und Nachkriegszeit geschlossen worden. Gegenüber dem Vorjahr ist demnach der Anteil der jüngeren Ehen an den Scheidungen gestiegen. Es wird sich dabei zu einem Teil um die überall geschlossenen Kriegsehen handeln, die der langen Trennung und den sonstigen Schwierigkeiten nicht standhielten. Die Schuld verteilt sich gleichmäßig auf den Mann, die Frau und beide.

Entnazifizierung wird zentralisiert

Karlsruhe. Nach einer Mitteilung des Ministeriums für politische Befreiung in Nordbaden soll ab 1. Oktober die Tätigkeit sämtlicher Spruchkammer von zentralen Spruchkammern in den beiden Landesbezirken übernommen werden, da die Entnazifizierung ziemlich abgeschlossen ist. Die schnelle Behandlung der Fälle in der letzten Zeit sei vor allem auf entsprechende Anweisungen der Militärregierung zurückzuführen, die mit Rücksicht auf die Währungsreform und den Marschall-Plan die politische Säuberung zu beschleunigen wünscht. Bereits ab 15. September sollen sich die Spruchkammern in Städten wie Mannheim, Heidelberg und in den Landkreisen nurmehr mit der Abwicklung von laufenden Entnazifizierungsfällen, bei Heimkehrern, Flüchtlingen und Zonenfremden befassen.

Vereinfachte Erklärung nach Gesetz Nr. 52

Bisher mußte die eidesstattliche Erklärung von Kunden der Geldinstitute, ob ihr Vermögen gemäß Gesetz Nr. 52 gesperrt sei, politisch beglaubigt sein. Das ist in Zukunft nicht mehr notwendig, jedoch werden die im Frage kommenden Personen darauf aufmerksam gemacht, daß falsche Erklärungen schwer bestraft werden. Bekanntlich unterliegt das Vermögen jeder Person, die im Verfahren der politischen Säuberung zu einer Geld- oder Vermögensbuße verurteilt wurde, automatisch solange der Sperre, bis diese auf schriftlichen Antrag des Betroffenen bei der für seinen Wohnort zuständigen Dienststelle für kontrollierte Vermögen (Finanzamt) ausdrücklich aufgehoben worden ist.

Einschränkung des Briefverkehrs mit der Tschechoslowakei

Bis auf weiteres sind schriftliche Mitteilungen von Privatpersonen in Deutschland an Privatpersonen oder deutsche Kriegsgefangene in der Tschechoslowakei nur noch in Form von gewöhnlichen Postkarten zulässig. Briefsendungen in handlungsgeschäftlichen oder amtlichen Angelegenheiten sowie Briefsendungen an diplomatische Vertreter, Behörden und Körperschaften sind jedoch weiterhin gestattet.

Am 14. August 1948 verschied

Herr Bürgermeister Franz Geiler

Vorsitzender des Jugend-Ausschusses der Stadt Freiburg

Die Jugend verliert mit dem Verstorbenen ihren besten Kameraden, der sich stets mit ihr aufs engste verbunden fühlte.

Seit der Neugründung der demokratischen Jugendorganisationen stand er an deren Spitze und trat vorbehaltlos für die Interessen der jungen Generation ein. Die im Jugendausschuß vertretenen Verbände danken dem Dahingegangenen für seine aufopferungsvolle Arbeit und werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

FREIBURG i. Br., den 18. August 1948

Der Jugend-Ausschuß der Stadt Freiburg i. Br.

GESCHÄFTLICHES

Betrübe u. Schonerdecken repariert und fertigt an bei beliebiger Materialgestaltung. Bechtel & Baum, Maulburg, Kr. Lörrach. Anfragen Rückporto beifügen. (G2-494)

Normag - Diesel - Straßenschlepper, neu, 24 PS., mit 2-4 stitzigem Führerhaus, Normag-Arker-schlepper, Schlepppflüge für Maschinen von 15-25 PS., Ab Lager Karlsruhe sofort lieferbar. Traktorenvertrieb und Reparaturwerk W. Ungeheuer & Co., Karlsruhe, Scheffelstraße 7-11. (G2-141)

Rheumatismus-, Gicht- und Ischias-Leidenden hilft wirksames Mittel mit Heilkräutern. (10) Finsterbergstr. 21 (Tele. Wald) - 508 1208

„Eigenheim“ - „Städtertreue“ - Tabakschneidemaschine l. d. einzigste, welche d. harten Stengel (auch Blätter) d. Selbstgebaute prima schneidet! Neuer Preis einschließlich Versand und Porto DM 4.98 (früher RM 11.80). G.W. Becker, (21 b) Hagen (Westf.) 715, Postfach, Postcheck. Dortmund 900 13. (G2-120)

NEGERLEIN heißt die neue Sorte ZAUBERSPEISE mit Schokoladen-Geschmack in Friedensqualität, 13 Pfg. je Beutel (ausreichend für 1/2 Liter). (G2-149)

Modellhefte, 3 versch. 2.- DM und 1 DM f. Porto und Nachn. A. Stückart, (16) Wiesbaden, Riehlfstraße 2.

die 500 Gramm Packung



Universal-Reinigungs-Präparat

verbilligt auf 0.67 DM

O-FIX G.m.B.H. Lahr

Fernverkehr

Zwischen Konstanz-Stuttgart-München-Frankfurt, einmal wöchentlich Stöckigt-Annahme durch Güterfernverkehr H. Frick, Stögen, Erzbergerstr. 2. (G2-127)

Richtig Deutsch, Rechnen, Briefwechsel, Buchführung, Plakatschrift, Maschinenschreiben und Stenografie können Sie ohne Bezugsunterbrechung zu Hause lernen. Fach 24.- DM. Fernunterricht durch Dir. Schirpke, (104) Dresden-A 24, Abekenstr. 6. - Schülerfrequenz bis 1945 über 15 000 - Rückkurt. (G2-125)

Orientteppichhaus Paul SCHERER Freiburg, Salzstr. 43

reinigt und entmottet alle Arten von Teppichen

An- und Verkauf von echten u. deutschen Teppichen

Reparaturwerkstätte

30 x 1 = 30

WER braucht heute nicht Geld

Diese 30. DM im Monat können Sie sich nach Feierabend leicht verdienen. Je nach Ihrem Willen können es auch mehr sein.

Für jeden fixen Jungen ein nicht zu verachtendes Taschengeld

Für jede alleinstehende Frau eine zusätzliche Bereicherung ihres Einkommens

Ueberrauscht für jeden die Möglichkeit zur Erfüllung eines bis jetzt unerfüllbaren Kaufwunsches

Postkarte an den Verlag „Das Neue Baden“, Lahr, mit dem Kennzeichen „30 x 1 = 30“ genügt. Absender nicht vorzuzien!

Kaffee Kern Freiburg i. Br., Dreisamstr. 1 wieder geöffnet



VOLKSWAGEN

VW-Reparaturdienst

Kundendienst • Ersatzteillage

Alfons v. Desc. wanden

Offenburg (Baden)

Hauptstr. 100 Fernruf 1895 (52-17)

STELLENANGEBOTE

Groß-Vertriebsorganisation mit umfangr. Verkaufsprogramm, in der södr. Zone bei Industrie, Handel, Gewerbe und Privaten best. eingef., bietet seriösen Damen u. Herren mit sicherem Auftreten, guten Umgangsformen und Anpassungsvermögen überdurchschn. Einkommensmöglichkeit. Kriegsver-schiebe bevorzugt. Angebote unter U 3116 an ORANEX, Anzeigen-Exped., Freiburg i. Br. (G2-139)

Wir suchen einen nachweisb. best. eingef. Vertreter f. 8 Großhandl., 15 Großhändl., Gaststätten u. Anstalten z. Verkauf unserer erstkl. Brüh-Kreuznisse — süß-lige Suppenwürzen — köchertige Suppen und Pudding. NASSO-VIA-Nährmittelfabrik, Frankfurt (Main)-Fechenheim (G2-132)

Gesucht wird Junger Graphiker(in) aus Baden-Baden u. Umgebung für Verlagsarbeiten. Vorstellen l. d. Redakt. „Die Frau“, Baden-Baden, Reutemüllerstraße 22. Baden. (52-187)

Kraftiger landwirtschaftl. Lehrling oder junger Mann als 2. Knecht für sofort oder 1. Sept. gesucht. Fritz Stork, Wein- und Obstbau, Schallstadt (Beilag.) Haus 71. (G2-139)

Suche Mädchen f. Landwirtschaft, das melken kann. E. Burger Müllheim, Kraftig. 1. (G2-142)

AN- UND VERKÄUFE

Maschinen-Putzlappen in jeder Menge und Größe, auch gebraucht, sofort zu kaufen gesucht. Moritz Schauenburg, Lahr. (G2-137)

Neuer großer Anhänger f. PKW. mit Bereifung, preiswert zu verkaufen. Zuschriften unter Nr. 3311 Z an „Das Neue Baden“, Lahr.

Klein-Anzeigen sind billiger geworden. Sie finden im „Neuen Baden“ größte Beachtung.